



HESSISCHER LANDTAG

08. 09. 2009

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2009 bis 2013

Die Landesregierung hat am 7. September 2009 den Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2009 bis 2013 beschlossen. Nach § 31 Abs. 2 der Hessischen Landeshaushaltsordnung wird hiermit der Finanzplan dem Hessischen Landtag zur Kenntnis vorgelegt.

Begründung:

Nach § 31 Abs. 1 der Hessischen Landeshaushaltsordnung in Verbindung mit § 50 Haushaltsgrundsätze-gesetz sowie den §§ 9 und 14 Stabilitäts- und Wachstumsgesetz ist es Aufgabe des Ministers der Finanzen, einen Finanzplan für fünf Jahre aufzustellen. Darin ist darzulegen, wie sich die Finanzwirtschaft des Landes im mittelfristigen Zeitraum voraussichtlich weiter entwickelt und in die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen einpasst.

Der Finanzplan ist von der Landesregierung zu beschließen und dem Hessischen Landtag zur Kenntnis vorzulegen. Die Unterrichtung des Landtags soll zusammen mit der Ersten Lesung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2010 erfolgen.

Zur Begründung im Einzelnen wird auf die Erläuterungen und Übersichten im Finanzplan verwiesen.

Wiesbaden, 7. September 2009

Der Hessische Ministerpräsident
Koch

Der Hessische Minister der Finanzen
Weimar

Anlage

**Finanzplan
des Landes Hessen
für die Jahre 2009 bis 2013**

Stand: September 2009

Herausgegeben vom Hessischen Ministerium der Finanzen

Inhaltsverzeichnis

INHALTSVERZEICHNIS	2
ÜBERSICHTEN	4
TABELLENVERZEICHNIS.....	4
ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....	5
I. RECHTLICHE GRUNDLAGEN UND AUFGABEN DER FINANZPLANUNG ...	6
1. RECHTLICHE GRUNDLAGEN UND PLANUNGSZEITRAUM.....	6
2. AUFGABE DER FINANZPLANUNG.....	6
II. WIRTSCHAFTLICHES UND FINANZPOLITISCHES UMFELD DER FINANZPLANUNG 2009 BIS 2013	7
1. WIRTSCHAFTLICHE RAHMENDATEN DER FINANZPLANUNG	7
a) <i>Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage.....</i>	<i>7</i>
b) <i>Die wirtschaftliche Lage in Hessen.....</i>	<i>10</i>
c) <i>Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung im Finanzplanungszeitraum... </i>	<i>11</i>
2. FINANZWIRTSCHAFTLICHE RAHMENDATEN	12
a) <i>Finanzpolitische Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur</i>	<i>12</i>
b) <i>Auswirkung der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die öffentlichen Haushalte.....</i>	<i>13</i>
c) <i>Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (Föderalismuskommission II).....</i>	<i>17</i>
III. DER HESSISCHE LANDESHAUSHALT	19
1. DER HAUSHALT 2009	19
2. DER HAUSHALTSENTWURF 2010	20
3. DAS HESSISCHE SONDERINVESTITIONSPROGRAMM	25
IV. DER FINANZPLAN 2009 BIS 2013.....	27
1. FINANZPOLITISCHE ZIELE DER LANDESREGIERUNG	27
2. GESAMTÜBERBLICK	29

3.	DIE EINNAHMEN IM FINANZPLANUNGSZEITRAUM	33
	a) <i>Steuereinnahmen</i>	33
	b) <i>Sonstige Einnahmen</i>	36
4.	DIE AUSGABEN IM FINANZPLANUNGSZEITRAUM	37
	a) <i>Personalausgaben</i>	37
	b) <i>Zinsausgaben</i>	40
	c) <i>Länderfinanzausgleich</i>	41
	d) <i>Zahlungen an die Kommunen</i>	42
	e) <i>Investitionsausgaben</i>	45
	f) <i>Die konsumtiven Ausgaben des Landes</i>	47
5.	KREDITAUFNAHME	48
V.	NEUE VERWALTUNGSSTEUERUNG	50
	1. ABSCHLUSS DES PROJEKTS NEUE VERWALTUNGSSTEUERUNG	50
	2. ERÖFFNUNGSBILANZ 2009	51

Übersichten

Übersicht 1:	Eckdaten zur Entwicklung der Landesfinanzen.....	54
Übersicht 2:	Einnahmen.....	55
Übersicht 3:	Ausgaben.....	56
Übersicht 4:	Finanzierungsübersicht.....	57
Übersicht 5:	Steuereinnahmen.....	58
Übersicht 6:	Neuverschuldung und Schuldenstand.....	59
Übersicht 7:	Schuldendienst.....	60
Übersicht 8:	Einnahmen und Ausgaben nach Arten (Gemeinsames Schema des Finanzplanungsrates)	61

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Berechnung des Konsolidierungsbedarfs im Bundeshaushalt ab dem Jahr 2011 ...	18
Tabelle 2:	Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Landeshaushalt	28
Tabelle 3:	Die Eckdaten der Finanzplanung 2009 bis 2013.....	30
Tabelle 4:	Auswirkungen der Steuerrechtsänderungen gegenüber der Mai-Steuerschätzung 2008.....	34
Tabelle 5:	Die Entwicklung der Steuereinnahmen.....	35
Tabelle 6:	Die Entwicklung der Personalausgaben.....	38
Tabelle 7:	Die Entwicklung der Zinsausgaben.....	40
Tabelle 8:	Die Entwicklung der Zahlungen an die Kommunen	44
Tabelle 9:	Die Entwicklung der Investitionsausgaben	45
Tabelle 10:	Die Ableitung der konsumtiven Ausgaben	47
Tabelle 11:	Die Entwicklung der konsumtiven Ausgaben	48

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im 3. Quartal 2005 bis 2. Quartal 2009.....	8
Abbildung 2:	Die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 1998 bis 2010	9
Abbildung 3:	Die Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts 2008 bis 2013	13
Abbildung 4:	Die Entwicklung der Stabilitätskriterien 2004 bis 2013	15
Abbildung 5:	Abweichungen bei der Maastricht-Defizitquote in den Jahren 2009 bis 2012	16
Abbildung 6:	Entwicklung der Investitionsausgaben 2000 bis 2010	21
Abbildung 7:	Die Entwicklung der bereinigten Einnahmen und Ausgaben im Finanzplanungszeitraum	31
Abbildung 8:	Entwicklung der Zins-Ausgaben-Quote, Zins-Steuer-Quote und Kreditfinanzierungsquote 2004 bis 2013	33
Abbildung 9:	Rückgang der Steuereinnahmen insgesamt (nach LFA) sowie der Lohnsteuer gegenüber dem Finanzplan 2008 bis 2012	36
Abbildung 10:	Die Entwicklung der sonstigen Einnahmen im Planungszeitraum	37
Abbildung 11:	Entwicklung der Personalausgaben (HGr. 4) 2005 bis 2013	39
Abbildung 12:	LFA-Beiträge und -Zuweisungen absolut und je Einwohner im Jahr 2008 (abrechnungsmäßig)	41
Abbildung 13:	Die Beiträge Hessens im Länderfinanzausgleich (kassenmäßig) 2000 bis 2013	42
Abbildung 14:	Anteile von Land und Kommunen an den in Hessen verbleibenden Steuereinnahmen	43
Abbildung 15:	Die Nettokreditaufnahme des Landes im Finanzplanungszeitraum.....	49
Abbildung 16:	LFA-Belastung und Nettokreditaufnahme des Landes 1998 bis 2013.....	50
Abbildung 17:	Die Buchungskreise des Landes Hessen	51

I. Rechtliche Grundlagen und Aufgaben der Finanzplanung

1. Rechtliche Grundlagen und Planungszeitraum

Rechtliche Grundlagen

Bund und Länder sind nach § 50 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) in Verbindung mit § 9 Abs. 1 und § 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabG) verpflichtet, ihrer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde zu legen. In ihr ist darzustellen, welche Ausgaben die Regierung im mittelfristigen Zeitraum für erforderlich hält, wie diese gedeckt werden sollen und wie sich die voraussichtliche Haushaltsentwicklung in die erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung einfügt.

Die Finanzplanung ist nach § 9 Abs. 3 StabG jährlich durch Fortschreibung an die veränderten gesamt- und finanzwirtschaftlichen Bedingungen und Erfordernisse anzupassen. Nach § 31 der Hessischen Landeshaushaltsordnung wird der Finanzplan von dem Minister der Finanzen aufgestellt und von der Landesregierung beschlossen. Er ist dem Hessischen Landtag zur Kenntnis vorzulegen.

Planungszeitraum

Die jetzt vorliegende Finanzplanung erstreckt sich auf die Jahre 2009 bis 2013. Für das Jahr 2009 sind die Sollansätze des Haushalts 2009 und für das Jahr 2010 die Ansätze des am 26. August 2009 von der Landesregierung beschlossenen Haushaltsplanentwurfs ausgewiesen. Der eigentliche Planungszeitraum umfasst die Jahre 2011 bis 2013. Die Landesregierung hat den Finanzplan am 7. September 2009 beschlossen.

2. Aufgabe der Finanzplanung

Planungsinstrument ohne Vollzugsverbindlichkeit

Im Unterschied zum Haushaltsplan, der vom Landtag in einem förmlichen Gesetzgebungsverfahren verabschiedet wird, handelt es sich bei der mittelfristigen Finanzplanung um ein Planungs- und Informationsinstrument der Landesregierung, dem keine unmittelbare Vollzugsverbindlichkeit folgt. Ihre Aufgabe besteht darin, darzulegen, wie sich die finanzielle Situation des Landes im Planungszeitraum auf Basis der aktuellen sowie der künftig zu erwartenden gesamt- und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen voraussichtlich entwickeln wird.

Mittelfristige Absicherung der Haushaltspolitik

Die Finanzplanung hat damit vor allem die Funktion einer Orientierungshilfe, die Regierung und Parlament bei ihren finanzwirksamen Entscheidungen unterstützen soll. Durch den Ausweis finanzwirtschaftlicher Kennzahlen sowie durch die Formulierung entsprechender Zielvorstellungen kann sie nicht nur Erwartungen an künftige Haushalte beeinflussen, sondern auch Fehleinschätzungen vorbeugen. Allerdings

bleibt die Umsetzung der in der Finanzplanung ausgewiesenen Eckdaten dem Haushaltsgesetzgebungsverfahren vorbehalten.

Momentaufnahme der Finanzsituation des Landes

Trotz seiner mittelfristigen Orientierung handelt es sich bei dem Zahlenwerk immer nur um eine Momentaufnahme der Finanzsituation des Landes, die vom gegenwärtig überschaubaren Sach- und Rechtsstand ausgeht. Die sich immer kurzfristiger wandelnden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben jedoch – wie die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise belegt – zur Folge, dass die „Halbwertszeit“ der Planungen zunehmend geringer wird.

II. Wirtschaftliches und finanzpolitisches Umfeld der Finanzplanung 2009 bis 2013

1. Wirtschaftliche Rahmendaten der Finanzplanung

a) Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage

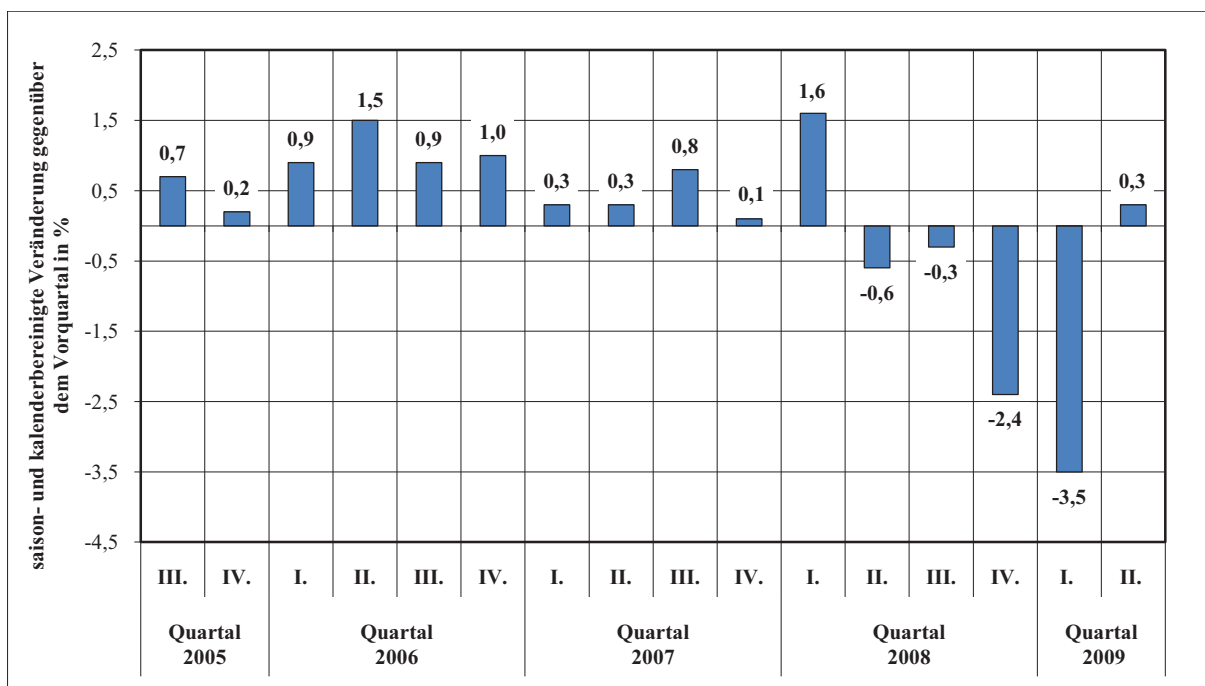
Drastischer Konjunkturunbruch im Winterhalbjahr ...

Die Aufstellung des Haushalts 2010 sowie der Finanzplanung 2009 bis 2013 erfolgen vor dem Hintergrund der schwersten Wirtschaftskrise in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands. Nachdem bereits das letzte Quartal 2008 beim Bruttoinlandsprodukt mit einem Minus von 2,4 % gegenüber dem Vorquartal eine deutliche Verschärfung der bereits seit Mitte des Jahres 2008 zu beobachtenden konjunkturellen Abwärtstendenzen signalisierte, setzte sich der negative Trend im ersten Quartal 2009 unerwartet heftig fort. Der weltweite Einbruch der Konjunktur, der mit einem massiven Rückgang des Welthandels einherging, schlug mit voller Wucht auf die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft durch. Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte gegenüber dem Vorquartal – verursacht durch einen hohen negativen Außenbeitrag sowie stark rückläufige Investitionen – nochmals drastisch um 3,5 % (vgl. Abbildung 1). Es lag damit um 6,7 % unter dem entsprechenden Vorjahresniveau.

... zwingt zur Korrektur der Wachstumsprognosen

Angesichts dieser Entwicklung sah sich die Bundesregierung im Rahmen ihrer Frühjahrsprojektion gezwungen, ihre ohnehin schon pessimistische Konjunkturprognose vom Januar 2009, die bereits von einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 2¼ % ausging, nochmals deutlich nach unten zu korrigieren. Sie erwartet nunmehr in Übereinstimmung mit Wirtschaftsforschungsinstituten und der Bundesbank, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr in einer in der Geschichte Deutschlands beispiellosen Größenordnung von rd. 6 % sinken wird.

Abbildung 1: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im 3. Quartal 2005 bis 2. Quartal 2009



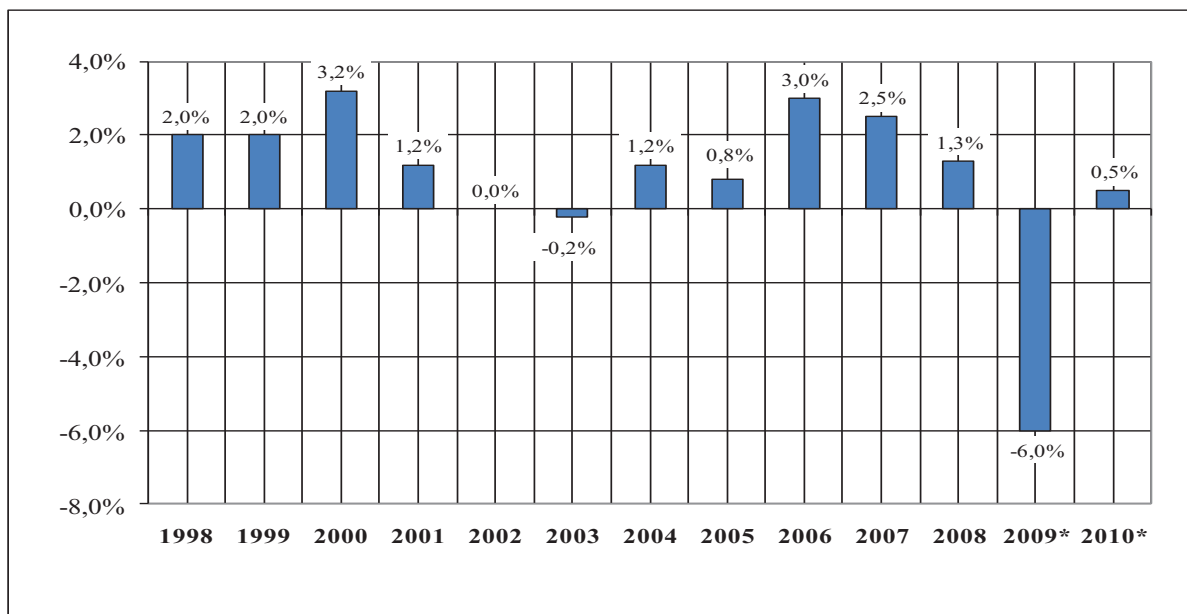
Anzeichen für Bodenbildung, ...

Mittlerweile mehren sich jedoch die Anzeichen für eine konjunkturelle Bodenbildung. So weisen z.B. die Auftragseingänge in der Industrie oder der ifo-Geschäftsklimaindex auf ein Ende der Abwärtsbewegung hin. Zudem sprechen auch „harte“ Konjunkturdaten für ein Erreichen der Talsohle. Das Bruttoinlandsprodukt ist im 2. Quartal 2009 erstmals seit über einem Jahr wieder gestiegen. Der erfreuliche Zuwachs von 0,3 % gegenüber dem Vorquartal darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Inlandsprodukt im Vorjahresvergleich noch immer um rd. 6 % niedriger liegt. Zudem ist unklar, ob es sich bei dem aktuell zu beobachtenden Zuwachs um eine echte konjunkturelle Trendwende handelt.

... aber keine durchgreifende Wachstumsbelebung zu erwarten

Mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2010 ist daher weiterhin davon auszugehen, dass die bereits in diesem Jahr bestehende Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts anhält und die Konjunktur nur langsam wieder Tritt fassen wird. Die Bundesregierung erwartet für das kommende Jahr lediglich ein geringfügiges Wachstum von 0,5 % (vgl. Abbildung 2). Sie schätzt damit die weitere konjunkturelle Entwicklung sogar noch etwas günstiger ein als etwa die Bundesbank, die in ihrer Prognose vom Juni 2009 im Jahr 2010 lediglich eine Stagnation unterstellt, oder die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, die im Rahmen der Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 2009 sogar einen neuerlichen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,5 % befürchten.

Abbildung 2: Die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 1998 bis 2010



*Schätzung der Bundesregierung

**Wirtschafts-
krise belastet
Arbeits-
markt ...**

Ungeachtet unterschiedlicher Einschätzungen der Wachstumsaussichten für das kommende Jahr stimmen die Prognosen allerdings darin überein, dass die derzeit zu verzeichnende – und voraussichtlich noch über das Jahr 2013 hinausgehende – Unterauslastung der Produktionskapazitäten deutlich negative Wirkungen auf die Investitionsbereitschaft der Unternehmen entfalten und zunehmend auch den Arbeitsmarkt, einen traditionell nachlaufenden Konjunkturindikator, belasten wird. Dort lassen sich bereits die Auswirkungen der Krise beobachten. Die Zahl der Erwerbstätigen ist zwischen April und Juni saisonbereinigt um 114.000 Personen gesunken, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat im April und Mai saisonbereinigt um 86.000 abgenommen und bei den offenen Stellen sind deutliche Rückgänge zu verzeichnen. Auch die Zahl der Arbeitslosen steigt wieder. Im Juli 2009 waren rd. 250.000 mehr Menschen arbeitslos gemeldet als im Vorjahresmonat.

**... aber Kurz-
arbeit wirkt
(noch) stabili-
sierend**

Dass es gemessen am Ausmaß des Konjunkturreinbruchs bislang nur zu einem moderaten Anstieg der Arbeitslosigkeit gekommen ist, ist im Wesentlichen auf die stabilisierenden Effekte der in den letzten Monaten stark ausgeweiteten Kurzarbeit zurückzuführen. Die Bundesagentur für Arbeit schätzt in ihrem Monatsbericht vom Juli 2009, dass der Bestand an konjunkturellen Kurzarbeitern im Mai bei 1,3 bis 1,4 Mio. Personen liegt. Da in den kommenden Monaten mit einer durchgreifenden Wachstumsbelebung nicht zu rechnen ist, werden die Unternehmen vermutlich dazu übergehen, zunehmend Arbeitskräfte freizusetzen. Die Bundesregierung erwartet

vor diesem Hintergrund, dass die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr um 450.000 auf rd. 3,7 Mio. Personen und im Jahr 2010 nochmals drastisch um etwa 900.000 Personen auf rd. 4,6 Mio. Personen ansteigen wird. Auch die Bundesbank und die Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren eine ähnlich ungünstige Entwicklung.

b) Die wirtschaftliche Lage in Hessen

**Wirtschafts-
krise schlägt
auf Hessen
durch**

Hessen kann sich – vor allem auf Grund seiner spezifischen Wirtschaftsstruktur – den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht entziehen. Spiegelbildlich zur Entwicklung auf Bundesebene setzte sich der starke Abwärtstrend des vierten Quartals 2008 beim Bruttoinlandsprodukt zu Beginn des Jahres 2009 auch in Hessen fort. Dabei entwickelten sich alle Sektoren der hessischen Wirtschaft ungünstiger als noch Ende des Jahres 2008 im Rahmen der „Konjunkturprognose Hessen 2009“ erwartet. Besonders in Mitleidenschaft gezogen wurde hierbei das verarbeitende Gewerbe, dessen Umsätze im Zuge der Weltrezession im ersten Quartal preisbereinigt um über 15 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum einbrachen. Aber auch in anderen Bereichen, wie dem Verkehrs- und Banken- sowie dem Bausektor, waren zum Teil deutliche Abwärtstendenzen zu verzeichnen.

**Hessischer
Arbeits-
markt
(noch) ro-
bust**

Positiv stimmt lediglich, dass sich der hessische Arbeitsmarkt – analog zur Entwicklung auf Bundesebene – bislang in der Krise als relativ robust erweist. Zwar ist die Arbeitslosenquote im Juli im Vergleich zum Vormonat (+0,2 %) und zum Vorjahresmonat (+0,3 %) leicht auf 7,0 % gestiegen. Gemessen am Ausmaß des Konjunktureinbruchs fällt die Erhöhung bislang aber eher moderat aus. Gleichwohl darf nicht übersehen werden, dass im März 2009 in über 2.800 Betrieben kurzgearbeitet wurde, wovon fast 75.000 Personen betroffen waren. Besorgniserregend ist auch, dass die Zahl der ungeforderten offenen Stellen im Vorjahresvergleich um über 30 % abgenommen hat. Mit Blick auf den strukturellen Anpassungsbedarf bei den Unternehmen an die geänderten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen muss daher befürchtet werden, dass die bislang relativ günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten nicht weiter anhält.

**Auswirkun-
gen der Kri-
se lassen
sich nicht
valide ab-
schätzen**

Eine auch nur annähernd valide Einschätzung des weiteren Konjunkturverlaufs in Hessen ist allerdings – allein schon wegen der bereits auf Bundesebene bestehenden massiven Prognoseunsicherheiten – kaum möglich. Für eine im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt etwas günstigere Entwicklung könnte sprechen, dass das von der Krise besonders betroffene verarbeitende Gewerbe in Hessen nur ein unterdurchschnittliches Gewicht aufweist. Zudem dürfte sich positiv auswirken, dass das

Land mit dem Hessischen Sonderinvestitionsprogramm einen über die auf Bundesebene angestoßenen Maßnahmen weit hinausgehenden Eigenbeitrag zur Stabilisierung der Konjunktur erbringt. Dem steht allerdings gegenüber, dass Hessen als Bankenstandort und zentraler Verkehrsknotenpunkt in Deutschland von den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise vermutlich weit überdurchschnittlich betroffen ist. Vor diesem Hintergrund spricht einiges dafür, dass sich das Bruttoinlandsprodukt in Hessen im laufenden Jahr voraussichtlich ähnlich ungünstig entwickeln wird wie der Bundesdurchschnitt.

c) *Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung im Finanzplanungszeitraum*

**Annahmen
der Finanz-
planung**

Die vorliegende Finanzplanung basiert auf der gesamtwirtschaftlichen Projektion der Bundesregierung vom Frühjahr dieses Jahres. Darin erwartet sie im Jahr 2009 einen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um 6 %. Für das folgende Jahr wird ein Anstieg der Wirtschaftsleistung um 0,5 % unterstellt, wobei die Bundesregierung annimmt, dass gegen Ende des Jahres 2010 langsam wieder das Potenzialwachstum erreicht wird. Für die Jahre 2011 bis 2013 wird mit einer jährlichen Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 2 % und damit mit einer deutlichen konjunkturellen Belebung gerechnet. Trotz dieser Wachstumsbeschleunigung wird die derzeit zu beobachtende Unterauslastung der Produktionskapazitäten (negative Produktionslücke) bis zum Ende des Planungszeitraums bestehen bleiben. Zudem reichen die erwarteten Zuwächse lediglich dazu aus, im Jahr 2013 wieder das Niveau des Jahres 2008 zu erreichen.

**Wachstums-
prognosen mit
hoher Un-
sicherheit
behaftet**

Deutlich hervorzuheben ist allerdings, dass derzeit alle Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Anbetracht der besonderen konjunkturellen Ausnahmesituation mit einer noch weit höheren Unsicherheit behaftet sind als gewöhnlich. Risiken bestehen insbesondere im Hinblick auf den weiteren Verlauf der Finanzmarktkrise, deren Folgen – trotz der zu beobachtenden Stabilisierungstendenzen – immer noch nicht überwunden sind. Ein Wiederaufflackern der Krise liegt daher weiterhin im Bereich des Möglichen. Demgegenüber erscheint es aber auch nicht ausgeschlossen, dass die globale Konjunkturerholung – begünstigt durch die weltweit ergriffenen geld- und fiskalpolitischen Stützungsmaßnahmen – deutlich schneller erfolgen und stärker ausfallen wird als derzeit noch allgemein erwartet. Hiervon sollte die stark exportorientierte deutsche Volkswirtschaft, die auch vom globalen Konjunkturerbruch überproportional betroffen war, in besonderem Maße profitieren.

2. Finanzwirtschaftliche Rahmendaten

a) *Finanzpolitische Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur*

Stärkung der Binnennachfrage erforderlich

Als Folge des weltweiten Einbruchs der Konjunktur, der mit einem massiven Rückgang des Welthandels einherging, sind mit dem Export sowie der Investitionstätigkeit der Unternehmen die beiden zentralen Pfeiler des vergangenen Aufschwungs weggebrochen. Angesichts dieser gesamtwirtschaftlichen Ausgangssituation müssen Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise auf eine Stabilisierung und Stärkung der Binnennachfrage abzielen.

Diese Auffassung hat bereits der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem letzten Jahresgutachten vertreten. Auch die Wirtschaftsforschungsinstitute halten in ihrer Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 2009 zusätzliche Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur für vertretbar. Sie plädieren insbesondere für die Steigerung von Investitionen und Entlastungen bei Steuern und Sozialbeiträgen, da solche Maßnahmen nicht nur kurzfristig wirkende positive Nachfrageeffekte entfalten, sondern auch langfristig das Wachstum fördern.

Reaktion der öffentlichen Haushalte auf Wirtschaftskrise ...

Vor diesem Hintergrund haben Bund und Länder mit dem Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren, dem Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ (Konjunkturpaket I), dem „Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland“ (Konjunkturpaket II) sowie den Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzmarktes rasch, umfassend und sachgerecht auf die Wirtschafts- und Finanzkrise reagiert und damit ein weiteres Abdriften der Konjunktur verhindert. Die Konsolidierungserfolge der vergangenen Jahre haben hierbei die erforderlichen finanziellen Spielräume geöffnet, um aktiv gegensteuern zu können.

... zeigt positive Wirkung!

Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass die ergriffenen Maßnahmen wirken. Die durchaus realistische Gefahr einer „Kernschmelze“ des deutschen Finanzmarktes ist derzeit weitgehend gebannt und die auf den Weg gebrachten antizyklischen Maßnahmen stabilisieren erkennbar die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. So erweisen sich derzeit die privaten Konsumausgaben, die von den konjunkturpolitischen Maßnahmen des Staates, wie z.B. der Senkung der Einkommensteuer, der Rückkehr zur „alten“ Pendlerpauschale oder der Einführung einer Umweltpremie profitieren, als Konjunkturstütze. Im nächsten Jahr treten zudem weitere Steuerentlastungen – insbesondere im Rahmen des Bürgerentlastungsgesetzes – in Kraft, die das verfügbare Einkommen der Haushalte erhöhen und damit die private Nachfrage stärken werden.

Infrastrukturinvestitionen stützen Konjunktur zunehmend

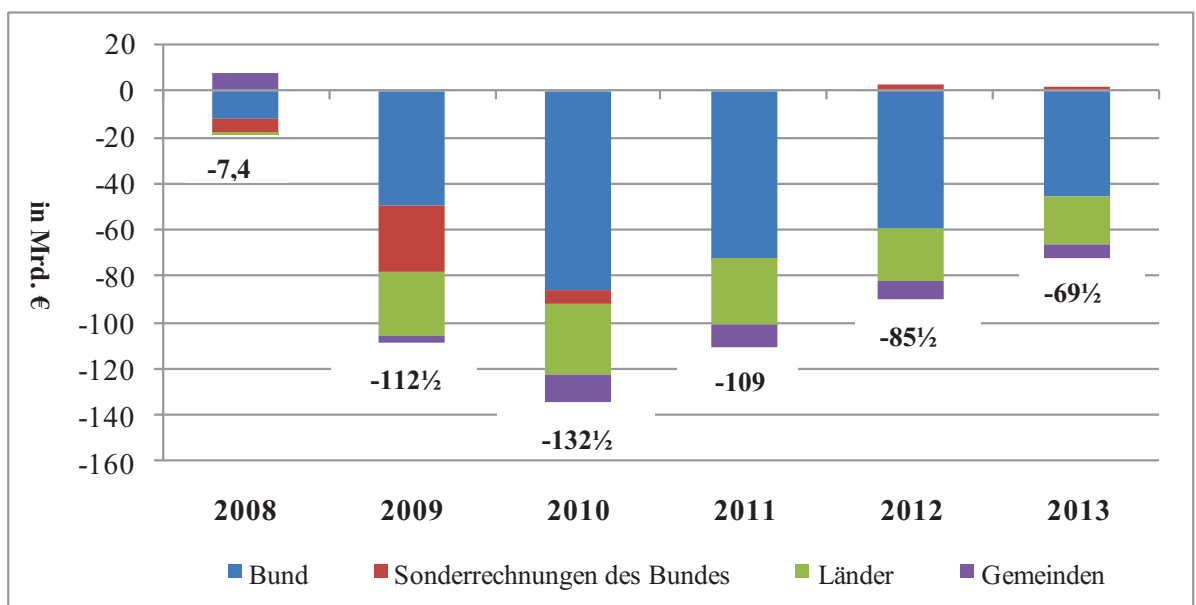
Darüber hinaus dürften in den kommenden Monaten die positiven Effekte der von Bund und Ländern angestoßenen Infrastrukturinvestitionen zunehmend deutlicher zum Tragen kommen. Allein das Zukunftsinvestitionsgesetz im Rahmen des Konjunkturpakets II sieht zusätzliche öffentliche Investitionen – vor allem auf kommunaler Ebene – in Höhe von 13,3 Mrd. Euro vor. Diese leisten nicht nur einen spürbaren Beitrag zu Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, sondern führen auch zu einer Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur und stärken damit die Wachstumsgrundlagen auch langfristig.

b) Auswirkung der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die öffentlichen Haushalte

Aber: Die Defizite der öffentlichen Haushalte explodieren ...

Die Bewältigung der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise geht allerdings mit tiefgreifenden Verwerfungen in den öffentlichen Haushalten einher. Lag das Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts im Jahr 2008 bei nur noch 7,4 Mrd. Euro, wird es sich im laufenden Jahr voraussichtlich verfünzfachen und auf über 112 Mrd. Euro „explodieren“ (vgl. Abbildung 3). Im kommenden Jahr dürfte es nochmals um 20 Mrd. Euro höher liegen und einen Wert von 132 Mrd. Euro überschreiten. Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums sinkt das Finanzierungsdefizit zwar voraussichtlich auf rd. 70 Mrd. Euro. Ein auch nur annähernd ausgeglichener öffentlicher Gesamthaushalt, wie er vor Ausbruch der Krise zu verzeichnen war, liegt damit jedoch in weiter Ferne.

Abbildung 3: Die Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts 2008 bis 2013



... und eine weitere Verschlechterung ist nicht ausgeschlossen

Dabei kann nicht ausgeschlossen werden, dass der dargestellte Verlauf in den kommenden Jahren lediglich die Untergrenze für die Entwicklung des Finanzierungsdefizits des öffentlichen Gesamthaushalts bildet. Zum einen lässt sich derzeit noch nicht abschätzen, welche finanziellen Belastungen aus der deutlichen Ausweitung des Bürgschaftsrahmens von Bund und Ländern für den Bankensektor sowie die gewerbliche Wirtschaft resultieren werden.

Hoher Handlungsbedarf im Bundeshaushalt

Zum anderen steht der Defizitabbau insbesondere unter dem Vorbehalt, dass der Bund die in der aktuellen Finanzplanung veranschlagten Globalpositionen zur Erreichung der nach der neuen Schuldenregelung maximal zulässigen Nettokreditaufnahme im Rahmen der konkreten Haushaltsaufstellung auflösen kann. Der sich hieraus ergebende Handlungsbedarf beläuft sich ausweislich der aktuellen mittelfristigen Finanzplanung des Bundes für den Zeitraum 2011 bis 2013 auf über 39 Mrd. Euro. Allein im Jahr 2013 sind gemäß Finanzplanung bei Ausgaben von rd. 314 Mrd. Euro (einschließlich Globaler Minderausgabe) Konsolidierungsmaßnahmen im Umfang von über 20 Mrd. Euro erforderlich.

Abbildung 3 zeigt zudem, dass der deutlich größere Teil des gesamtstaatlichen Defizits in den kommenden Jahren auf den Bund (einschließlich Sonderrechnungen) entfallen wird. Dies ist u.a. darauf zurückzuführen, dass die Wirtschaftskrise beim Bund auf Grund seiner Finanzierungsverantwortung für die Sozialversicherungssysteme auf der Ausgabenseite noch wesentlich stärker durchschlägt als bei den Ländern.

Aber: Auch Länder können sich dem Konjunkturunbruch nicht entziehen...

Gleichwohl können sich auch die Länder den massiven Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht entziehen. Auf der Ausgabenseite sehen sie sich insbesondere vor die Herausforderung gestellt, die Investitionsprogramme des Bundes im Rahmen der beiden Konjunkturpakete schnell und effizient umzusetzen und die erforderliche Kofinanzierung zusammen mit der kommunalen Ebene sicherzustellen. Zudem haben einige Länder – insbesondere Hessen – noch eigene Konjunkturprogramme auf den Weg gebracht, die zusätzliche finanzielle Mittel in Anspruch nehmen. Daneben müssen einige Länder auch die Lasten schultern, die sich aus der Stützung notleidender Landesbanken ergeben.

... und sind vor allem auf der Einnahmeseite betroffen

Die Folgen des Konjunkturunbruchs zeigen sich in den Haushalten der Länder jedoch in weitaus höherem Maße bei den Steuereinnahmen und damit auf der Einnahmeseite. Die Länder müssen zunächst die Steuerausfälle – insbesondere bei den gewinnabhängigen Steuern – verkraften, die unmittelbar aus dem Konjunkturunbruch resultieren. Hinzu treten die Mindereinnahmen aus den Steuersenkungen zur

aktiven Stützung der Konjunktur im Rahmen der Konjunkturpakete des Bundes. Weitere Einnahmeverluste ergeben sich zudem auf Grund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, insbesondere zur Pendlerpauschale sowie zur steuerlichen Behandlung von Krankenkassenbeiträgen, bei deren Umsetzung der Gesetzgeber angesichts der schwierigen konjunkturellen Rahmenbedingungen bewusst auf kompensatorische Maßnahmen zum Ausgleich der Einnahmeausfälle verzichtet hat.

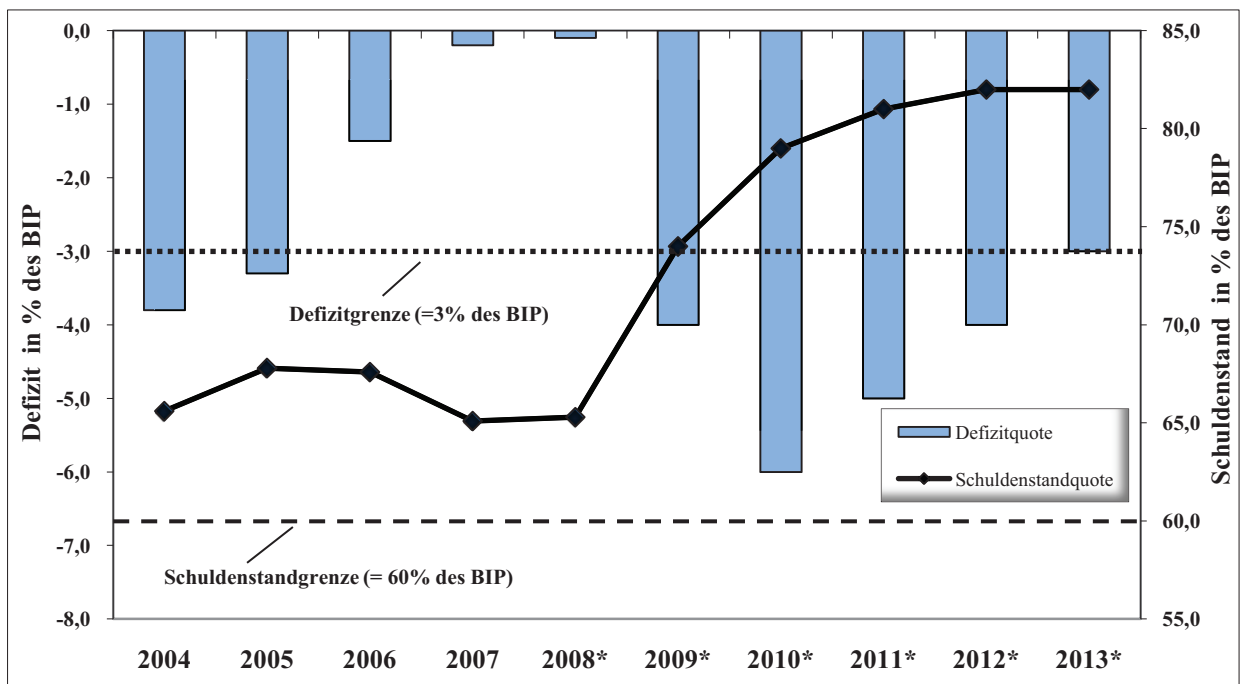
Mai-Steuer-schätzung lässt Mindereinnahmen von 125 Mrd. Euro erwarten

Diese Effekte zusammengenommen führen in der aktuellen Situation zu exorbitanten und vor allem dauerhaften Steuerverlusten. Die Steuerschätzung vom Mai 2009 hat im Vergleich zu der letzten „Vorkrisen“-Steuerschätzung vom Mai 2008 allein für die Länder Steuermindereinnahmen in den Jahren 2009 bis 2012 von zusammen rd. 125 Mrd. Euro erbracht. Diese Summe würde ausreichen, um die gesamten (bereinigten) Ausgaben des Landes Hessen nahezu sechs Jahre vollständig zu finanzieren. Für den Gesamtstaat belaufen sich die Steuerausfälle im gleichen Zeitraum auf 316 Mrd. Euro. Diese Steuermindereinnahmen erklären zu fast 72% die Ausweitung des gesamtstaatlichen Defizits in den Jahren 2009 bis 2012.

Defizit- und Schuldenstandquote steigen drastisch

Korrespondierend mit der starken Ausweitung des staatlichen Finanzierungsdefizits erhöhen sich auch die Defizit- und Schuldenstandquote in der für den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt maßgeblichen Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Die Defizitquote steigt – wie in Abbildung 4 dargestellt – von 0,1% im Jahr 2008 auf voraussichtlich 4% im Jahr 2009 und auf rd. 6% im

Abbildung 4: Die Entwicklung der Stabilitätskriterien 2004 bis 2013



* Schätzung

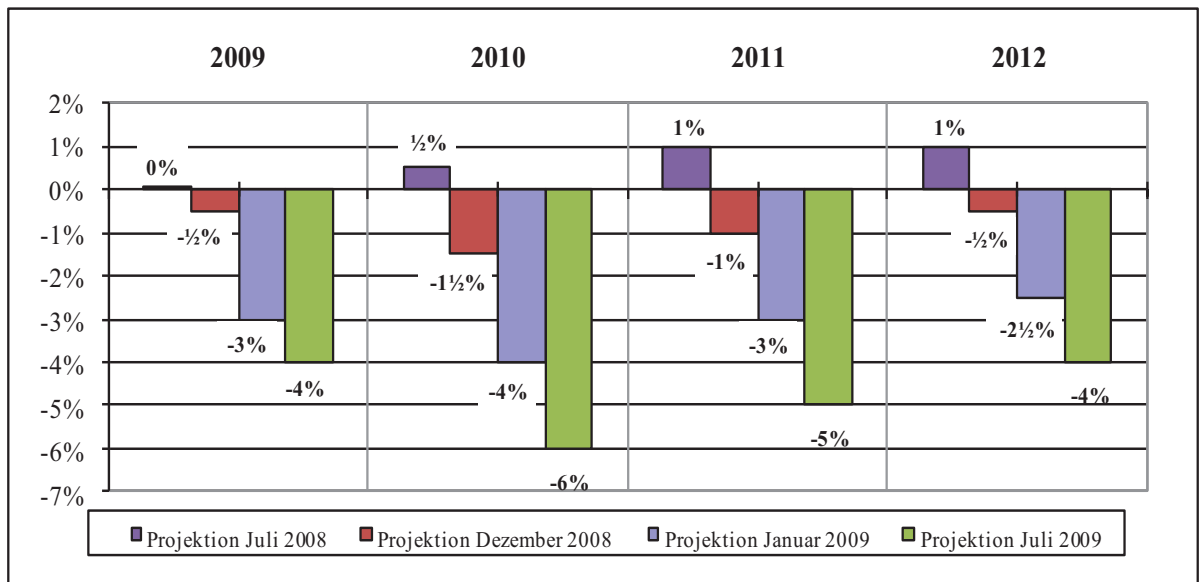
Jahr 2010. Ein solch negativer Wert wurde zuletzt im Jahr 1975 gemessen, als die Defizitquote einen Wert von 5,6 % erreichte. Die Wiedereinhaltung der durch den Maastricht-Vertrag vorgegebenen Defizitgrenze in Höhe von 3 % des Bruttoinlandsprodukts ist vor diesem Hintergrund erst für das Jahr 2013 vorgesehen. Die Schuldenstandquote erhöht sich von rd. 66 % im Jahr 2008 auf über 80 % im Finanzplanungszeitraum. Sie verfehlt damit – bei weiter zunehmender Überschreitung – die maximal zulässige Grenze in Höhe von 60 % weiterhin klar.

Finanzpolitische „Zeitenwende“ im Zeitrastertempo:

Bemerkenswert ist, mit welcher Geschwindigkeit die Wirtschafts- und Finanzkrise zu einer finanzpolitischen „Zeitenwende“ geführt hat. Noch im Sommer letzten Jahres erwartete der Finanzplanungsrat im Lichte günstiger Konjunkturdaten und sprudelnder Steuereinnahmen für die Jahre 2009 bis 2012 einen Finanzierungsüberschuss(!) der öffentlichen Gesamthaushalte. In Folge der konjunkturellen Eintrübung sowie der Krise an den Finanzmärkten ging die Bundesregierung im Dezember 2008 dann davon aus, dass der Finanzierungssaldo bis zum Jahr 2012 dauerhaft ins Minus rutscht. Mit einer prognostizierten Defizitquote in Höhe von 0,5 % im Jahr 2012 sollten die Folgen der Krise aber weitestgehend beherrschbar bleiben.

Statt Überschüsse ...

Abbildung 5: Abweichungen bei der Maastricht-Defizitquote in den Jahren 2009 bis 2012



... Rekorddefizite!

Diese Annahme ließ sich angesichts der rasanten wirtschaftlichen Talfahrt und des daraufhin auf den Weg gebrachten Konjunkturpakets II bereits im Januar nicht mehr halten. Im Rahmen des aktualisierten Stabilitätsprogramms wurde daher prognostiziert, dass sich die Defizitquote weiter signifikant verschlechtert und ein (nahezu)

ausgeglichener öffentlicher Gesamthaushalt bis 2012 nicht mehr erreicht werden kann. Die Defizitgrenze des Maastricht-Vertrages sollte allerdings lediglich im Jahr 2010 überschritten werden. Aber selbst diese deutlich zurückgenommenen Erwartungen erwiesen sich in den darauffolgenden Monaten noch als zu optimistisch. Die aktuelle Einschätzung des Finanzplanungsrates vom Juli dieses Jahres geht nunmehr gegenüber der Prognose vom Januar von einer weiteren Erhöhung der Defizitquote um bis zu 2 Prozentpunkte aus (vgl. hierzu Abbildung 5). Binnen Jahresfrist sind damit im Rahmen einer beispiellosen Entwicklung an die Stelle der (erwarteten) dauerhaften Überschüsse Rekorddefizite getreten. Diese Entwicklung belegt eindrucksvoll die Notwendigkeit, in wirtschaftlich guten Zeiten Vorsorge für mögliche Krisen zu treffen.

c) *Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (Föderalismuskommission II)*

**Neue Schulden-
grenze in
Kraft**

Bundestag und Bundesrat haben im Juni 2009 das von der Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen im März 2009 ausgehandelte Maßnahmenbündel¹ zur Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen beschlossen. Damit gilt ab dem Haushaltsjahr 2011 für Bund und Länder nunmehr die neue, gemeinsame Schuldenregel, die eine deutliche Begrenzung der Verschuldung der öffentlichen Haushalte zum Ziel hat. Danach sind die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Nur zur symmetrischen Berücksichtigung einer von der Normallage abweichenden Konjunkturentwicklung oder bei Vorliegen von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen sind Ausnahmen vom (Netto-)Kreditaufnahmeverbot vorgesehen.

**Zeitliche
Vorgabe zur
Einhaltung
der Grenze**

Anders als die Länder, die ab dem Jahr 2020 keine strukturelle Neuverschuldung mehr ausweisen dürfen, bis dahin aber nach Maßgabe der geltenden landesrechtlichen Regelungen von den Vorgaben des Art. 109 Abs. 3 GG abweichen können, besteht für den Bund künftig die Möglichkeit, eine (strukturelle) Kreditaufnahme bis zur Höhe von 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts jährlich in Anspruch zu nehmen. Allerdings ist er gehalten, diese Zielgröße bereits im Jahr 2016 zu erreichen. Mit dem schrittweisen und gleichmäßigen Abbau des bestehenden Defizits muss zudem im Haushaltsjahr 2011 begonnen werden.

¹ Zu den Einzelheiten vgl. Mittelfristige Finanzplanung 2008 bis 2012, S. 17 ff.

Erheblicher Konsolidierungsbedarf im Bundeshaushalt

Der Bund hat vor diesem Hintergrund im Rahmen seiner mittelfristigen Finanzplanung 2009 bis 2013 den Konsolidierungsbedarf dargestellt, der in den Jahren 2011 bis 2013 besteht, um im Jahr 2016 die maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme zu erreichen. Tabelle 1 zeigt, dass dieser bis zum Jahr 2013 mit dann 18,5 Mrd. Euro eine durchaus beachtliche Größenordnung erreicht. Es bleibt abzuwarten, ob und auf welche Weise es dem Bund gelingen wird, die bestehenden Lücken im Rahmen der konkreten Haushaltsaufstellung zu schließen.

Tabelle 1: Berechnung des Konsolidierungsbedarfs im Bundeshaushalt ab dem Jahr 2011

	2011	2012	2013
	- in Mrd. Euro -		
Nach Schuldenregel max. zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme	35,3	30,9	26,3
abzüglich Konjunkturkomponente (derzeit negativ)	-20,7	-15,9	-11,5
abzüglich Saldo der finanziellen Transaktionen (derzeit negativ)	-15,8	-11,9	-8,2
Nach Schuldenregel max. zulässige Nettokreditaufnahme	71,7	58,7	45,9
<i>dagegen:</i>			
Nettokreditaufnahme ohne Auflösung des Konsolidierungsbedarfs aus Schuldenregel	76,6	69,8	64,4
Konsolidierungserfordernis aus neuer Schuldenregel*	4,9	11,1	18,5
<i>nachrichtlich:</i>			
Ausgaben für Investitionen	43,3	39,1	35,0

*Ohne weitere, in der Finanzplanung veranschlagte Globale Minderausgaben mit einem Gesamtvolumen von rd. 4,8 Mrd. Euro.

NKA des Bundes liegt bis 2013 deutlich über Investitionsausgaben

Bemerkenswert ist, dass die nach der neuen Schuldenregel maximal zulässige Nettokreditaufnahme, die auch die konjunkturelle Entwicklung sowie den Saldo der finanziellen Transaktionen berücksichtigt, derzeit deutlich über der bisherigen investitionsorientierten Schuldengrenze des Art. 115 GG a.F. liegt. Dies ist jedoch kein Indiz für einen „Webfehler“ der Reform. Im Gegenteil: Durch die neue Schuldengrenze wird eine Höchstgrenze für die Schuldenaufnahme definiert und ein klarer, wenn auch ausgesprochen ambitionierter Abbaupfad für das Defizit vorgegeben. Festzuhalten bleibt allerdings auch, dass die Nettokreditaufnahme des Bundes bis zum Jahr 2013 deutlich über den Ausgaben für Investitionen liegen wird. Dieser Befund gilt hierbei unabhängig davon, ob es gelingt, den Handlungsbedarf zur Einhaltung der Schuldengrenze tatsächlich aufzulösen.

III. Der Hessische Landeshaushalt

1. Der Haushalt 2009

Haushaltsaufstellung 2009 ...

Die Aufstellung des Haushalts 2009 zu Beginn dieses Jahres erfolgte bereits im Lichte der markant verschlechterten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und den hieraus resultierenden Herausforderungen und Belastungen für die öffentlichen Haushalte. Als Folge des zu erwartenden drastischen Einbruchs der Steuereinnahmen sowie stark wachsender Ausgaben – vor allem für Investitionen – sah der Ende März von der Landesregierung verabschiedete Entwurf des Haushalts 2009 eine im Vergleich zum Vorjahr deutliche Ausweitung der Nettokreditaufnahme von 894 Mio. Euro auf 2.505 Mio. Euro vor.

Im Rahmen der parlamentarischen Beratungen machten zwischenzeitlich eingetretene Veränderungen eine weitere Erhöhung der Nettoneuverschuldung des Landes unumgänglich. Zum einen mussten neuerliche Steuermindereinnahmen (nach LFA) in Höhe von 325 Mio. Euro aufgefangen werden, die sich nach der Mai-Steuerschätzung 2009 für den Landeshaushalt abzeichneten. Zum anderen führte die beschlossene Einkommensverbesserung für die Bediensteten des Landes (ohne Hochschulen) zu einem Mehrbedarf in Höhe von rd. 214 Mio. Euro, der zum Teil – 94 Mio. Euro müssen die Ressorts im Rahmen ihrer Budgets erbringen – ausfinanziert wurde. Die Nettokreditaufnahme des Landes stieg auf Grund dieser zusätzlichen Belastung um 412 Mio. Euro auf 2.917 Mio. Euro.

... und Haushaltsvollzug durch Krise geprägt

Die Auswirkungen des drastischen Konjunkturerinbruchs haben nicht nur der Haushaltsaufstellung, sondern auch dem Haushaltsvollzug ihren Stempel aufgedrückt. So schlägt die Krise bei den Steuereinnahmen des Landes bisher stärker durch als unterstellt. Bis Ende Juli sind erst 53 % der im Haushalt veranschlagten Steuern vereinnahmt worden. Allerdings ist ohne das Vorliegen der Ergebnisse des steuerstarken Monats September eine belastbare Einschätzung, ob das Steuersoll des Jahres 2009 bis zum Jahresende noch erreicht werden kann, derzeit nicht möglich.

Vorläufige Haushaltsführung dürfte Haushalt entlasten

Auch die bereinigten Gesamtausgaben haben mit einem Anteil am Soll in Höhe von 56 % den nach sieben Monaten zu erwartenden Sollanteil bislang nicht erreicht. Hier dürfte nicht zuletzt die bis zur Verabschiedung des Landeshaushalts im Juni andauernde Phase der vorläufigen Haushaltsführung entlastend auf den Haushalt gewirkt haben, ohne dass sich dies im Einzelnen angesichts nicht auszuschließender „Nachholeffekte“ quantifizieren ließe. Vor allem bei den Bauausgaben sind in den kommenden Monaten noch deutliche Mittelabflüsse zu erwarten.

Insgesamt besteht zum jetzigen Zeitpunkt die Erwartung, dass der vorgesehene Haushaltsausgleich am Jahresende erreicht werden kann. Allerdings muss im Blick behalten werden, dass die weitere Entwicklung der Steuereinnahmen – vor allem im Monat September – eine Korrektur dieser Einschätzung erforderlich machen kann.

2. Der Haushaltsentwurf 2010

Wirtschafts- krise hat Haushalt 2010 fest im Griff

Die nochmals verschärfte konjunkturelle Ausnahmesituation sowie die auf Bundes- und Landesebene ergriffenen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung bestimmen den Entwurf des Landeshaushalts 2010. Er steht weiter im Zeichen stark sinkender Einnahmen – vor allem im Steuerbereich – sowie der Anstrengungen zur Stabilisierung der konjunkturellen Lage, die sich insbesondere in einem nach wie vor hohen Investitionsausgabenniveau niederschlagen; zugleich macht der Entwurf aber auch deutlich, dass die Landesregierung dem Konsolidierungsziel verpflichtet bleibt.

Erneut star- ker Einbruch der bereinig- ten Einnah- men ...

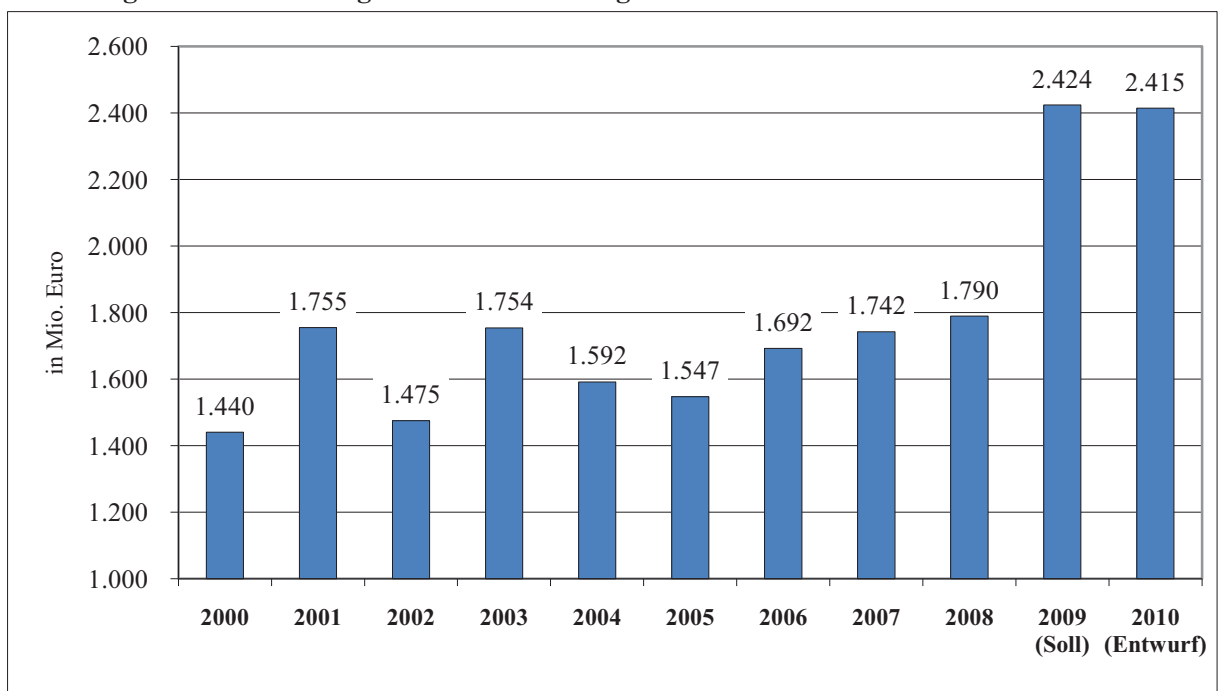
Die bereinigten Einnahmen des Landes belaufen sich auf 18.178 Mio. Euro und bleiben damit nochmals um über 650 Mio. Euro (-3,5 %) hinter den im Vergleich zum Jahr 2008 bereits deutlich nach unten korrigierten Ansätzen des Haushalts 2009 zurück. Determiniert wird dieser neuerliche Einbruch im Wesentlichen durch die Entwicklung der Steuereinnahmen. Deren Ansatz liegt im Haushalt 2010 mit 14.565 Mio. Euro um 940 Mio. Euro unter dem Soll des Jahres 2009, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass in 2009 noch Einnahmen aus der Kfz-Steuer veranschlagt waren, die mit der Übertragung der Ertragshoheit auf den Bund künftig entfallen. Unter Einbeziehung der Zahlungen des Landes in den Länderfinanzausgleich in Höhe von 2.170 Mio. Euro, ergeben sich zum jetzigen Zeitpunkt Steuermindereinnahmen (ohne Kfz-Steuer-Kompensation) von 825 Mio. Euro (-6,2%). Deutliche Mehreinnahmen sind lediglich bei den laufenden Übertragungseinnahmen zu verzeichnen, die auf Grund der Kompensationszahlungen des Bundes in Folge der Übertragung der Kfz-Steuer um rd. 365 Mio. Euro wachsen.

... übersteigt den Rückgang bei den berei- nigten Ausga- ben

Den stark rückläufigen bereinigten Einnahmen stehen ebenfalls sinkende bereinigte Gesamtausgaben gegenüber. Diese reduzieren sich im Vergleich zum Soll 2009 um knapp 280 Mio. Euro auf 21.458 Mio. Euro (-1,3 %). Nach Abzug der im Vorjahresvergleich geringeren LFA-Zahlungen weist das Wachstum der Ausgaben mit -0,8 % ebenfalls eine negative Veränderungsrate auf. Dieser Rückgang ist auf einen deutlich geringeren Kommunalen Finanzausgleich zurückzuführen, der korrespondierend mit der Entwicklung der Steuereinnahmen des Landes um knapp 392 Mio. Euro (-11,8 %) sinkt. Ohne Länderfinanzausgleich und Kommunalen Finanzaus-

gleich ergibt sich ein moderater Anstieg der bereinigten Gesamtausgaben um +1,4 %. Überdurchschnittlich entwickeln sich hierbei die Bauausgaben, bei denen das bereits hohe Niveau des Jahres 2009 nochmals um 5,4 % gesteigert wird. Sie tragen damit dazu bei, die gesamten Investitionsausgaben des Landes im Jahr 2010 auf dem hohen Vorjahresniveau zu stabilisieren (vgl. hierzu Abbildung 6). Die Personalausgaben als mit Abstand wichtigster Ausgabenblock im Landeshaushalt steigen als Folge des Tarifabschlusses 2009, zwangsläufiger Mehrbelastungen bei Versorgung und Beihilfe sowie zusätzlicher Lehrerstellen um 2,4 %.

Abbildung 6: Entwicklung der Investitionsausgaben 2000 bis 2010



**Begrenzung
des Wachstums der
konsumtiven
Ausgaben**

Besonders hervorzuheben ist zudem, dass es im Rahmen der Aufstellung des Haushalts 2010 gelungen ist, die im Koalitionsvertrag vereinbarte Grenze für das Wachstum der konsumtiven Ausgaben in Höhe von 0,5 % nicht nur einzuhalten, sondern mit einem Zuwachs von lediglich 0,2 % sogar noch deutlich zu unterschreiten. Zusammen mit einer nur teilweisen Ausfinanzierung der Auswirkungen der Tarif- und Besoldungserhöhung 2009 spiegelt dies die Entschlossenheit der Landesregierung wider, auch in Krisenzeiten das Konsolidierungsziel nicht aus den Augen zu verlieren. Dieses Ziel bleibt kursbestimmend und muss in den kommenden Jahren durch geeignete Maßnahmen Schritt für Schritt weiter verfolgt und erreicht werden. Der Haushalt 2010 ist insofern nur der Ausgangspunkt

einer mittelfristig notwendigen Konsolidierungsstrategie des Landes zur Rückführung der krisenbedingten höheren Neuverschuldung.

Weitere Erhöhung der Nettokreditaufnahme unumgänglich

Auf Basis der skizzierten Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben schließt der Haushalt 2010 mit einer Nettoneuverschuldung in Höhe von 3.376 Mio. Euro ab. Der entsprechende Vorjahreswert wird damit um 459 Mio. Euro überschritten. Die sich aus der Summe der eigenfinanzierten Investitionen ergebende Verfassungsgrenze für die Kreditaufnahme in Höhe von knapp 1.600 Mio. Euro wird im Jahr 2010 erneut verfehlt.

Die geplante Überschreitung steht jedoch im Einklang mit den Bestimmungen des Art. 141 HV, der in Ausnahmesituationen ein Abweichen von der Verfassungsgrenze zulässt. Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht, das einen Anknüpfungspunkt für die Feststellung einer solchen Ausnahmesituation darstellt, ist angesichts der schwersten Wirtschaftskrise in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands ernsthaft und nachhaltig gestört. Die hiergegen zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ergriffenen Maßnahmen des Landes tragen dazu bei, der Störungslage spürbar entgegenzuwirken.

Haushalt enthält zahlreiche Impulssetzungen

Vor diesem Hintergrund enthält der Landeshaushalt 2010 – mit einem besonderen Schwerpunkt im Bildungs- und Forschungsbereich – zahlreiche Impulssetzungen, die die Wirtschaft stärken und den Arbeitsmarkt in Hessen entlasten. Als oftmals langfristige Investitionen in zentralen Zukunftsfeldern bilden sie zudem die Voraussetzung dafür, dass Hessen gestärkt aus der Krise hervorgehen kann. Nachfolgende Vorhaben – unterteilt nach Politikfeldern des Landes – sind hierbei besonders hervorzuheben.

Innere Sicherheit, Brand- und Katastrophenschutz

Einstellung von 550 Kommissaranwärtern

- Die Stellenausstattung der Polizei wird weiter verbessert. Damit der erforderliche Bestand an Polizeivollzugsbeamten auch mittelfristig gesichert werden kann, werden 150 neue Anwärterstellen für Kommissare geschaffen und nach 2008 und 2009 nunmehr im dritten Jahr 550 Kommissaranwärter eingestellt.
- Die Erneuerung des Fahrzeugbestandes der Polizei zur wirtschaftlichen Gewährleistung der Einsatzfähigkeit wird mit um rd. 25 v.H. auf 20 Mio. Euro erhöhten Mitteln sichergestellt.

Bildung und Wissenschaft

Schaffung von 650 neuen Lehrerstellen

- Durch die Schaffung von 650 zusätzlichen Lehrerstellen wird die Unterrichtsversorgung weiter verbessert. Zur Einstellung von Ersatzkräften für in die Freistellungsphase der Altersteilzeit eintretende Lehrkräfte sind zusätzliche Mittel in Höhe von rd. 21,5 Mio. Euro veranschlagt.
- Zur Reduzierung der Quote der Schulabgänger ohne Bildungsabschluss werden rd. 600.000 Euro für zielgruppengerechte und praxisbezogene berufsorientierende Angebote zur Verfügung gestellt.
- Die schrittweise Erhöhung des Ansatzes für Lernmittel wird fortgesetzt. Die Zuschüsse an Ersatzschulen werden angesichts steigender Schülerzahlen sowie höherer Pro-Kopf-Beträge um rd. 3,6 Mio. Euro auf 197,2 Mio. Euro erhöht.

Weitere Erhöhung des Hochschulbudgets

- Das Hochschulbudget wächst um rd. 27 Mio. Euro auf 1.435 Mio. Euro. Für die nichtstaatlichen Hochschulen werden die Zuschüsse um 5,5 Mio. Euro erhöht. Die Ausgaben für den Bund-Länder-Hochschulpakt 2020, die je zur Hälfte von Bund und Land finanziert werden, steigen um rd. 11 Mio. Euro auf rd. 37,5 Mio. Euro.

Steigerung der Ansätze für LOEWE

- Für das Forschungs- und Innovationsprogramm LOEWE werden die Ausgabenansätze im Haushalt 2010 um rd. 19 Mio. Euro auf rd. 74 Mio. Euro angehoben.

Planmäßige Fortführung des Sonderinvestitionsprogramms und ...

- Die Maßnahmen des Sonderinvestitionsprogramms des Landes für den Hochschulbau werden zur Stärkung des Hochschulstandorts Hessen und zur Stützung der Konjunktur planmäßig fortgeführt. Für die 15 veranschlagten Hochschulbaumaßnahmen des Sonderinvestitionsprogramms erhöhen sich die Haushaltsansätze von 28 Mio. Euro im Haushalt 2009 auf 65,5 Mio. Euro im Haushalt 2010.

... neue Forschungsbauten

- Für die Technische Universität Darmstadt werden zwei neue, als Forschungsbauten von überregionaler Bedeutung anerkannte Baumaßnahmen in den Haushalt aufgenommen: Die Beschaffung eines Hochleistungsrechners mit Errichtung eines entsprechenden Gebäudes für insgesamt rd. 20 Mio. Euro (Ansatz 2010: 3 Mio. Euro) sowie der Neubau für das Exzellenzcluster „Smart Interfaces“ für interdisziplinäre Forschung mit Gesamtkosten von rd. 12 Mio. Euro (Ansatz 2010: 5,7 Mio. Euro).
- Für die Philipps-Universität Marburg wird ein Neubau für das Exzellenzcluster „Zentrum für Tumor- und Immunbiologie“ mit Gesamtkosten von rd. 50 Mio. Euro in den Haushalt eingestellt (Ansatz 2010: 2,5 Mio. Euro). Auch

diese Maßnahme ist vom Bund als Forschungsbau von überregionaler Bedeutung anerkannt.

Justiz, Integration, Europa

Neubau eines Arbeits- und Ausbildungszentrums

- Die Stellenausstattung im Justizbereich zur Stärkung des Justizvollzugs in Hessen wird weiter verbessert.
- Für den Neubau eines Arbeits- und Ausbildungszentrums der JVA Weiterstadt zur Schaffung geeigneter Arbeits-, Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten sind 10 Mio. Euro veranschlagt.

Finanzen

Weiterhin hoher Ausfallrahmen bei Bürgschaften

- Der Ausfallrahmen für bestehende Bürgschaftsengagements wird auf dem Niveau von 20 Mio. Euro gehalten. Für die Übernahme von Bürgschaften und Garantien wird ein Ermächtigungsrahmen von 1,5 Mrd. Euro bereitgestellt.
- Im Rahmen des CO₂-Minderungsprogramms werden für Bauinvestitionen in vom Hessischen Immobilienmanagement verwalteten Gebäuden 4,7 Mio. Euro bereitgestellt.

Landesstraßenbauprogramm wird auf hohem Niveau fortgeführt

Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

- Die Mittel für das Landesstraßenbauprogramm 2010 werden gegenüber 2009 leicht erhöht und bleiben damit auf weiterhin sehr hohem Niveau (150,6 Mio. Euro). Für die Folgejahre sind im Haushaltsentwurf 2010 Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 254 Mio. Euro ausgebracht.
- Entsprechend der aktuellen Finanzierungsplanung werden für die Flughafen GmbH Kassel-Calden Landesmittel in Höhe von rd. 34,6 Mio. Euro bereitgestellt.
- Die Mittel für die ÖPNV-Förderung erhöhen sich in einem weiteren Schritt um 4,1 Mio. Euro.
- Für den Bau eines Behördenzentrums in Heppenheim zur gemeinsamen Unterbringung des Amtes für Bodenmanagement Heppenheim und des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen Bensheim in Passivhausbauweise sind geschätzte Eigenbaukosten von 32,3 Mio. Euro zzgl. Grundstückskosten etatisiert.

Arbeit, Familie und Gesundheit

Verbesserung der Qualitätsstandards in Kindertageseinrichtungen

- Zur Verbesserung der Qualitätsstandards in Kindertageseinrichtungen sind 30 Mio. Euro veranschlagt. Damit sollen die Einrichtungen unterstützt werden, die die Erhöhung des Fachkräfteschlüssels und die Reduzierung der Gruppengrößen infolge der zum 1.9.2009 veränderten Verordnung über Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder umgesetzt haben.

- Im Bereich der Kinder- und Familienförderung wird darüber hinaus die „Offensive für Kinderbetreuung“ mit zusätzlichen Mitteln von 3,6 Mio. Euro ausgestattet. Bei der „Initiative für Kinder und Familien“ werden zusätzliche 800.000 Euro zum Aufbau von Familienzentren sowie eine weitere Million Euro für betriebliche Kinderbetreuung, Elternkompetenzkurse und das Präventionsprojekt „Keiner fällt durchs Netz“ zur Unterstützung der Eltern von Säuglingen und Kleinkindern durch Familienhebammen veranschlagt.

Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Förderung der energetischen Erneuerung

- Für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Hessen sind für das Jahr 2010 Mittel in Höhe von 2,5 Mio. Euro vorgesehen.
- Für den Investitionspakt Bund-Länder-Gemeinden zur energetischen Erneuerung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen werden für 2010 insgesamt 8,6 Mio. Euro bereitgestellt.

Kunst und Kultur

Investitionen in die Welterbestätten

- Im Rahmen des Konjunkturprogramms des Bundes sind für die Welterbestätten Grube Messel, Kloster Lorsch und römischer Limes umfangreiche Maßnahmen vorgesehen, die das Land mit einem Volumen von 8 Mio. Euro ab dem Jahr 2010 kofinanziert. Der Haushaltsansatz 2010 beträgt 5,2 Mio. Euro.
- Die Fördermittel für die Denkmalpflege werden um 1 Mio. Euro auf 8,3 Mio. Euro erhöht. Für den Neubau des Stadtmuseums Wiesbaden sind in 2010 Fördermittel in Höhe von rd. 3,1 Mio. Euro vorgesehen (Gesamtförderung 5 Mio. Euro). Die Sanierung des Filmmuseums Frankfurt wird in 2010 mit 2,2 Mio. Euro gefördert (Gesamtförderung 2,5 Mio. Euro).

3. Das Hessische Sonderinvestitionsprogramm

2,6 Mrd. Euro für Investitionen in die Infrastruktur des Landes!

In Anbetracht der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen hatte sich die Landesregierung bereits Ende letzten Jahres dazu entschieden, mit der Auflage des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms einen zusätzlichen Eigenbeitrag zur Stützung der Konjunktur zu erbringen. Zusammen mit den Mitteln aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz des Bundes in Höhe von 958 Mio. Euro stehen damit 2,6 Mrd. Euro – davon 1,7 Mrd. Euro aus dem Hessischen Sonderinvestitionsprogramm – für Investitionen in die hessische Infrastruktur zur Verfügung.

Schwerpunkt: Bildungsinfrastruktur

Davon entfallen rund 1.871 Mio. Euro auf Investitionsmaßnahmen der Kommunen, rund 741 Mio. Euro werden für Investitionen des Landes eingesetzt. Unter inhaltlichen Gesichtspunkten dominieren die Investitionen in die Bildungsinfrastruktur.

Auf den Schulbereich (45,9 %) und den Hochschulbereich (20,7 %) entfallen dabei insgesamt zwei Drittel des Fördervolumens. Die restlichen Mittel sind für sonstige kommunale Infrastrukturinvestitionen (21,9 %) sowie für den Landesstraßenbau (7,7 %) und für Investitionen in die kommunalen Krankenhäuser (3,8 %) vorgesehen.

**Land stellt
schnellen
Mittelabfluss
sicher**

Durch eine praxisnahe und unbürokratische Vorgehensweise hat das Land innerhalb kürzester Zeit die Voraussetzungen für die rasche Umsetzung der Investitionsprogramme geschaffen. Als Erfolg kann verbucht werden, dass mittlerweile bei allen angemeldeten kommunalen Projekten die Prüfung abgeschlossen ist. Dabei wurden auch Ersatzmaßnahmen berücksichtigt, um im Falle von auftretenden Hindernissen zeitnah auf alternative Projekte zurückgreifen zu können. Von den insgesamt gemeldeten über 8.000 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von rd. 3,5 Mrd. Euro wurde lediglich ein kleiner Teil abgelehnt. Auch die Investitionsvorhaben des Landes im Hochschulbereich sowie im Bereich des Landesstraßenbaus sind mittlerweile auf den Weg gebracht. Durch die insgesamt schnelle und unbürokratische Zustimmung stellt das Land sicher, dass die zur Verfügung stehenden Fördermittel rasch abfließen und damit den ihnen zugedachten expansiven Impuls konjunkturgerecht entfalten können.

**Aktueller
Umsetzungs-
stand**

Von den rd. 5.600 umsetzungsfähigen, zugestimmten Maßnahmen (ohne Ersatzmaßnahmen) wurden bis Mitte August 2009 knapp ein Prozent erfolgreich abgeschlossen. Rund 15 % der Maßnahmen befinden sich in der Bauphase oder stehen kurz vor Baubeginn. Für etwa 13 % der Maßnahmen wurde das Vergabeverfahren eingeleitet, was auf einen Beginn der Bautätigkeiten innerhalb der nächsten zwei Monate hinweist. Mit rd. 71 % durchläuft der Großteil der Maßnahmen derzeit noch die Planungsphase.

**Bereits 242
Mio. Euro aus
Landespro-
gramm abge-
flossen**

Bis Ende August sind insgesamt 242 Mio. Euro aus dem vom Land aufgelegten Konjunkturprogrammen an die Kommunen geflossen. Von den auf Hessen entfallenden Mitteln aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz des Bundes in Höhe von insgesamt 958 Mio. Euro sind bislang 4,5 Mio. Euro abgerufen worden. Der stark voneinander abweichende Mittelabfluss ist auf unterschiedliche Anforderungen zurückzuführen, die beide Programme an einen Mittelabruf stellen. So erfolgt beim Bund eine Auszahlung der Mittel erst nach der Vorlage einer Rechnung. Demgegenüber ist im Landesprogramm ein Mittelabfluss bereits nach Abschluss eines Lieferungs- und Leistungsvertrages möglich. Darüber hinaus sieht das Hessische Sonderinvestitionsprogramm auch die Auszahlung von Pauschalmitteln an die Schulträger zur

Verbesserung des Lernumfeldes vor. Bis Juni 2009 wurde hiervon in einem Umfang von rund 160 Mio. Euro Gebrauch gemacht.

Ausblick

Angesichts des derzeitigen Umsetzungsstandes besteht die berechtigte Hoffnung, dass die bewilligten Projektvorhaben zeitnah in Angriff genommen und die bereit gestellten staatlichen Fördermittel in vollem Umfang abfließen werden. Insofern dürfte auch die mit den Konjunkturprogrammen intendierte Stützung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage tatsächlich erreicht werden. Ein Indiz hierfür ist, dass die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe in Deutschland aus dem öffentlichen Bereich bereits seit April dieses Jahres deutlich über dem Vorjahresniveau liegen.

IV. Der Finanzplan 2009 bis 2013

1. Finanzpolitische Ziele der Landesregierung

**Krise prägt
künftige
Finanzpolitik**

Die Finanzpolitik in Hessen steht in den kommenden Jahren vor der Aufgabe, die massiven Folgen zu bewältigen, die die schwerste Wirtschaftskrise in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands im Landeshaushalt hinterlässt. Kurzfristig muss hierbei der Fokus – in Anbetracht des Ausmaßes des Konjunktur einbruchs sowie der erheblichen Unsicherheiten über die weitere wirtschaftliche Entwicklung – zunächst noch darauf gerichtet sein, für eine weitere Stabilisierung der konjunkturellen Lage zu sorgen. Mit dem sich abzeichnenden Auslaufen der Krise ist es allerdings unabdingbar, die Konsolidierung des Haushalts wieder in das Zentrum finanzpolitischen Handelns zu rücken.

**HH 2010 als
Ausgangspunkt einer
mittelfristigen
Konsolidierungsstrategie**

Mit dem Haushalt 2010 trägt das Land beiden Zielsetzungen Rechnung. Durch die Stabilisierung der Investitionsausgaben des Landes auf dem Rekordniveau des Vorjahres sowie der vollständigen Hinnahme der krisenbedingten Steuerausfälle leistet es einerseits einen wichtigen Beitrag zur Stützung der Konjunktur. Andererseits schwenkt es mit dem Haushalt 2010 auf einen, der konjunkturellen Ausgangssituation Rechnung tragenden Konsolidierungskurs ein, der die Entschlossenheit der Landesregierung widerspiegelt, auch in Krisenzeiten das Konsolidierungsziel nicht aus den Augen zu verlieren. Dieses Ziel bleibt in den kommenden Jahren kursbestimmend. Der Haushalt 2010 ist insofern nur der Ausgangspunkt einer mittelfristig notwendigen Konsolidierungsstrategie des Landes zur Rückführung der krisenbedingten höheren Neuverschuldung.

**Auswirkungen
der Krise im
Jahr 2011:
2,7 Mrd. Euro**

Die damit verbundenen Herausforderungen sind allerdings immens. Allein im Jahr 2011 werden sich – wie Tabelle 2 zeigt – die finanziellen Lasten in Folge des Wirtschaftseinbruchs sowie der von Bund und Ländern ergriffenen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung für den Landeshaushalt auf rd. 2,7 Mrd. Euro summieren. Von dieser Summe, die über 12 % der bereinigten Gesamtausgaben des Landes entspricht, sind etwas mehr als 85 % auf die krisenbedingten Steuerausfälle (nach LFA und KFA) zurückzuführen. Hinzu treten die Mehrausgaben zur Stützung der Konjunktur, vor allem im Rahmen der Umsetzung der Konjunkturpakete, sowie zusätzliche Zinslasten, die sich auf Grund des der Krise geschuldeten höheren Kreditfinanzierungsbedarfs des Landes ergeben.

Tabelle 2: Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Landeshaushalt

	2010	2011	2012	2013
	- in Mio. Euro -			
1. Einnahmeseite				
Steuereinnahmen nach LFA und KFA (Steuerschätzung Mai 08)	11.834	12.377	12.941	13.380
Steuereinnahmen nach LFA und KFA (Steuerschätzung Mai 09)	9.760	10.032	10.567	10.994
Krisenbedingte Mindereinnahmen	2.074	2.345	2.374	2.386
2. Ausgabeseite (netto)				
Konjunkturpaket I	10	9	8	7
Konjunkturpaket II (einschl. Sonderinvestitionsprogramm)	120	201	212	69
Inanspruchnahme von Gewährleistungen	20	20	20	20
Krisenbedingte Mehrausgaben (ohne Zinsen)	149	230	239	96
3. Krisenbedingte Zinsausgaben				
Krisenbedingte Haushaltsbelastung (1. + 2.)	2.223	2.574	2.612	2.482
Zusatzbelastung Zinsausgaben bei Zinssatz: 3,80%	50	135	233	332
4. Zusätzliche krisenbedingte Nettokreditaufnahme (1.+2.+3.)	2.273	2.709	2.845	2.814

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

**Folgen der
Krise belasten
den Haushalt
dauerhaft**

Die Belastungen für den Landeshaushalt werden im Zeitablauf keineswegs kleiner. Zwar sinken die Ausgaben zur Stützung der Konjunktur ab dem Jahr 2013 deutlich. Dieser Rückgang wird aber durch einen dynamischen Aufwuchs der Zinsausgaben kompensiert. Bedeutsamer ist jedoch, dass der drastische Einbruch des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009 sowie die steuerpolitischen Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur bereits in den Jahren ab 2011 zu einer dauerhaften Absenkung der Steuereinnahmen des Landes (nach Länderfinanzausgleich und Kommunalen Finanzausgleich) in einer Größenordnung von mindestens 2,3 Mrd. Euro führen. Dieser Niveaueffekt ließe sich nur kompensieren, wenn die Entwicklung der Steuereinnahmen in den kommenden Jahren auf einen im Vergleich mit der Vorkrisensituation deutlich höheren Wachstumspfad einschwenken würde. Angesichts der zu erwar-

tenden negativen Rückwirkungen der Wirtschaftskrise auf die Wachstumsperspektiven Deutschlands dürfte eine derartige Erwartung jedoch unrealistisch sein.

**(Konjunkturgerechte)
Konsolidierung
alternativlos**

Zur Wahrung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Landes, aber auch mit Blick auf die im Rahmen der Föderalismusreform II vereinbarte neue Schuldengrenze, gibt es daher zu einer (konjunkturgerechten) Konsolidierung des Landeshaushalts keine Alternative. Für einen nachhaltigen Erfolg ist es dabei zwingend, dass das Wachstum der Ausgaben über einen mehrjährigen Zeitraum deutlich hinter dem der Einnahmen zurückbleibt. Dieser Grundsatz stellt vor dem Hintergrund dynamisch steigender Zinslasten sowie sonstiger zwangsläufiger Mehrausgaben, u.a. in den Finanzausgleichssystemen oder im Versorgungsbereich, außerordentlich hohe Anforderungen an die künftige Finanzpolitik.

**Schrittweise
Verschärfung
des Konsolidierungskurses
unumgänglich**

Um das zentrale finanzpolitische Ziel dieser Landesregierung – einen Haushalt ohne neue Schulden – vor dem Jahr 2020 zu realisieren, ist es daher im Rahmen der Aufstellung kommender Haushalte unumgänglich, den mit dem Haushalt 2010 eingeleiteten, noch behutsamen Konsolidierungskurs schrittweise und nachhaltig zu verschärfen. Bei allen Einsparanstrengungen auf der Ausgabenseite bleibt jedoch die wirtschaftliche Entwicklung der Dreh- und Angelpunkt einer erfolgreichen Haushaltskonsolidierungsstrategie. Nur wenn die Wirtschaft rasch wieder Fuß fasst, lassen sich die Auswirkungen der Krise in absehbarer Zeit bewältigen. Doch selbst in diesem Fall ist eine rasche Gesundung des Haushalts angesichts der dramatischen Ausgangssituation, in der sich der Landeshaushalt derzeit befindet, nicht zu erwarten.

2. Gesamtüberblick

Die Entwicklung im Überblick

Grundlage der Finanzplanung 2009 bis 2013 sind differenzierte Einschätzungen der nach gegenwärtigem Sach- und Rechtsstand zu erwartenden mittelfristigen Entwicklungen einzelner Haushaltsansätze. In Tabelle 3 werden auf dieser Basis die bereinigten Gesamteinnahmen und -ausgaben, der Finanzierungssaldo sowie die Nettoneuverschuldung zusammengefasst, die sich nach heutiger Einschätzung im Planungszeitraum ergeben werden.

Ausgaben steigen im Planungszeitraum um 0,4 % ...

Die bereinigten Gesamtausgaben steigen zwischen 2009 und 2013 von 21.735 Mio. Euro auf 22.113 Mio. Euro an. Im Jahresdurchschnitt bedeutet dies eine Zuwachsrate von 0,4 %. Die bereinigten Gesamtausgaben (ohne Länderfinanzausgleich) werden – nachdem sie in den Jahren 2010 und 2011 im Vergleich zum Vorjahr sogar sinken – im Endjahr des Planungszeitraums lediglich auf dem Niveau des Jahres 2009 liegen. Die Ausgaben des Landes ohne Länderfinanzausgleich und Kommuna-

len Finanzausgleich weisen einen nur sehr moderaten Anstieg von jahresdurchschnittlich 0,5 % aus.

Tabelle 3: Die Eckdaten der Finanzplanung 2009 bis 2013

	Soll 2009	Entwurf 2010	2011	Planjahre 2012	2013
- in Mio. Euro -					
Gesamtausgaben (bereinigt)	21.734,9	21.457,6	21.461	21.836	22.113
<i>Veränderung in %</i>	<i>(+ 4,1)</i>	<i>(- 1,3)</i>	<i>(+ 0,0)</i>	<i>(+ 1,7)</i>	<i>(+ 1,3)</i>
<u>ohne LFA</u>	19.449,9	19.287,6	19.196	19.386	19.488
<i>Veränderung in %</i>	<i>(+ 6,5)</i>	<i>(-0,8)</i>	<i>(-0,5)</i>	<i>(+ 1,0)</i>	<i>(+ 0,5)</i>
<u>ohne LFA und KFA</u>	16.136,3	16.365,7	16.545	16.523	16.483
<i>Veränderung in %</i>	<i>(+7,8)</i>	<i>(+1,4)</i>	<i>(+1,1)</i>	<i>(-0,1)</i>	<i>(-0,2)</i>
Gesamteinnahmen (bereinigt)	18.828,1	18.177,9	18.509	19.500	20.341
<i>Veränderung in %</i>	<i>(- 5,7)</i>	<i>(- 3,5)</i>	<i>(+ 1,8)</i>	<i>(+ 5,4)</i>	<i>(+4,3)</i>
Finanzierungssaldo	- 2.906,8	- 3.279,7	- 2.952	- 2.336	- 1.771
Nettokreditaufnahme	2.917,2	3.375,7	3.100	2.500	1.950
<i>nachrichtlich:</i>					
Aufzulösender Handlungsbedarf			100	300	500

... unter der Voraussetzung eines strikten Konsolidierungskurses!

Die Einhaltung dieser äußerst ambitionierten Ausgabenlinie steht allerdings unter dem Vorbehalt, dass die in der Finanzplanung enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen der konkreten Haushaltsaufstellung umgesetzt werden. Hierzu zählt insbesondere die dauerhafte Begrenzung des Wachstums der konsumtiven Ausgaben auf 0,5 %, die weitere Begrenzung des Personalausgabenwachstums sowie die vorgesehene Absenkung des Kommunalen Finanzausgleichs ab dem Jahr 2011 um jährlich 400 Mio. Euro. Zudem dürfen auf Bundesebene keine neuen Aufgaben begründet werden, die zu zusätzlichen Belastungen in den Länderhaushalten führen.

Bereinigte Einnahmen steigen moderat

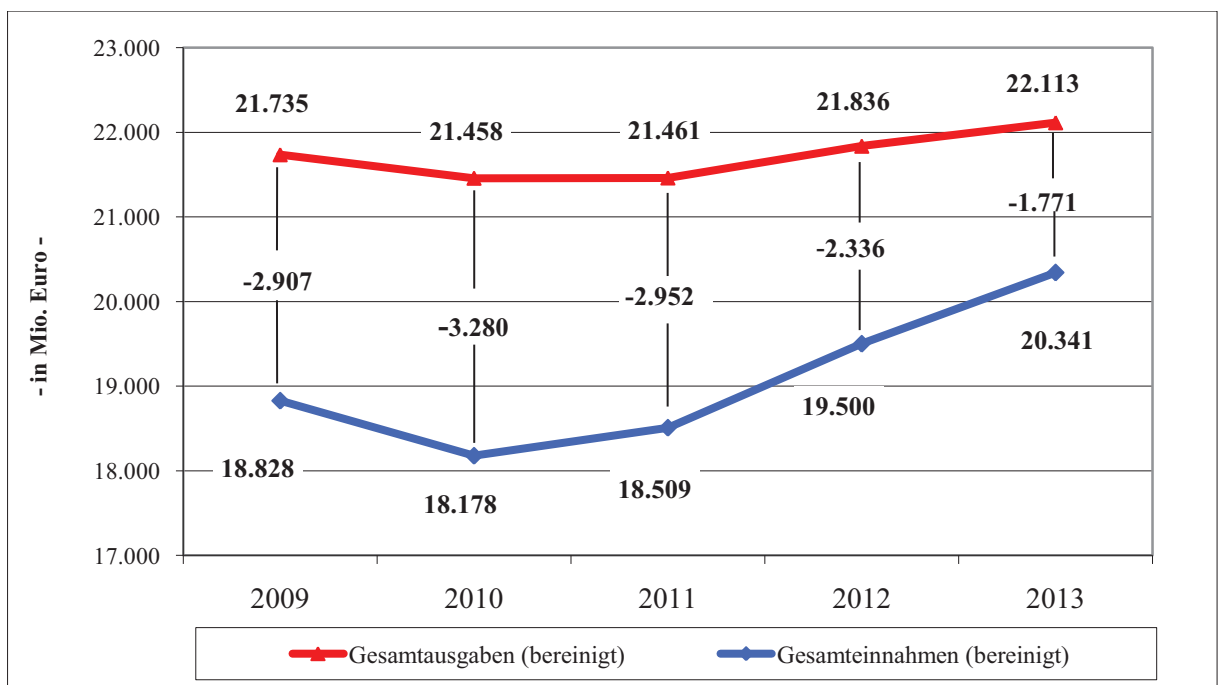
Die bereinigten Einnahmen erhöhen sich – allerdings auf Basis des bereits stark abgesenkten Ausgangsniveaus im Jahr 2009 – bis zum Jahr 2013 jahresdurchschnittlich um 2,0 %. Gleichwohl liegen sie damit im Jahr 2012 um fast 2 Mrd. Euro unter dem entsprechenden Ansatz der vorangegangenen Finanzplanung. Darüber hinaus dürfen auch die Risiken nicht übersehen werden, die hinsichtlich des

unterstellten Einnahmeverlaufs bestehen. Dieser setzt zum einen voraus, dass die Konjunktur – wie in der Mai-Steuerschätzung unterstellt – wieder Tritt fasst und nicht dauerhaft im Bereich niedriger Wachstumsraten verharret. Zum anderen darf es in den kommenden Jahren zu keiner weiteren diskretionären Schwächung der staatlichen Einnahmenbasis kommen. Sollten sich diese Annahmen als unzutreffend erweisen, lassen sich negative Rückwirkungen auf die Entwicklung der Nettokreditaufnahme nicht vermeiden.

Krisenbedingte starke Ausweitung des Defizits in 2010...

In der nachfolgenden Abbildung 7 wird auf Basis der skizzierten Entwicklungslinien von Einnahmen und Ausgaben die Veränderung des Finanzierungssaldos, d.h. der Differenz zwischen den beiden Größen, im Finanzplanungszeitraum dargestellt. Aus ihr geht hervor, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise eine massive Ausweitung des Finanzierungsdefizits im Landeshaushalt zur Folge hat. Nachdem das Defizit bereits im Jahr 2009, nach rd. 920 Mio. Euro im Jahr 2008, auf etwas über 2.900 Mio. Euro hochschnellt, erhöht er sich im Jahr 2010 auf Grund der weiterhin krisenhaften Entwicklung nochmals um rd. 370 Mio. Euro auf rd. 3.280 Mio. Euro.

Abbildung 7: Die Entwicklung der bereinigten Einnahmen und Ausgaben im Finanzplanungszeitraum



... und ehrgeizige Ziele zur Rückführung bis 2013

In den Folgejahren führt die unterstellte Einnahmen- und Ausgabenentwicklung, die insbesondere in den Jahren 2012 und 2013 von einem deutlich über dem Wachstum der Ausgaben liegenden Einnahmewachstum ausgeht, dazu, dass die bestehende

Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben signifikant abnimmt. Ehrgeiziges Ziel ist es, bis zum Jahr 2013 das Finanzierungsdefizit des Landes schrittweise um rd. 1,5 Mrd. Euro auf unter 1,8 Mrd. Euro zu verringern. Damit würden über einen Zeitraum von lediglich drei Jahren mehr als 45 % des Defizits des Jahres 2010 abgebaut.

Nettokreditaufnahme steigt krisenbedingt deutlich an

Auch bei der Nettokreditaufnahme ist insbesondere in den Jahren 2009 und 2010 ein krisenbedingter starker Anstieg gegenüber dem Vorkrisenjahr 2008 zu verzeichnen. Während sie im Jahr 2008 bei rd. 894 Mio. Euro lag, erreicht sie im Jahr 2009 eine Höhe von rd. 2.917 Mio. Euro und steigt danach auf rd. 3.376 Mio. Euro in 2010 an. Erst in den Folgejahren ist eine Rückführung der Nettokreditaufnahme – über 3.100 Mio. Euro in 2011 bzw. 2.500 Euro in 2012 – bis auf 1.950 Mio. Euro zum Ende des Finanzplanungszeitraums möglich. Die sich aus der Summe der eigenfinanzierten Investitionen ergebende Verfassungsgrenze für die Kreditaufnahme kann allerdings in keinem Jahr der Finanzplanung eingehalten werden.

Zusätzlicher Handlungsbedarf in der Finanzplanung

Hinzuweisen ist darauf, dass die Finanzplanung zur Erreichung der angestrebten Nettokreditaufnahme in den Jahren 2011 bis 2013 einen zusätzlichen Handlungsbedarf enthält. Dieser beläuft sich auf 100 Mio. Euro im Jahr 2011, auf 300 Mio. Euro im Jahr 2012 und auf 500 Mio. Euro im Jahr 2013. Zum Ausweis dieses zusätzlichen Konsolidierungsbedarfs wurden in der Finanzplanung Globalpositionen ausgebracht, wobei die in den einzelnen Jahren zu erbringenden Beträge schematisch je zur Hälfte auf Globale Mehreinnahmen und Globale Minderausgaben verteilt wurden. Mit dieser Aufteilung ist zum jetzigen Zeitpunkt jedoch keine Festlegung verbunden, in welcher Höhe der bestehende Handlungsbedarf auf der Einnahmen- bzw. auf der Ausgabenseite künftig tatsächlich aufgelöst wird. Diese Entscheidung bleibt vielmehr den künftigen Haushaltsaufstellungsverfahren vorbehalten.

Kennzahlen des Landeshaushalts zeigen ...

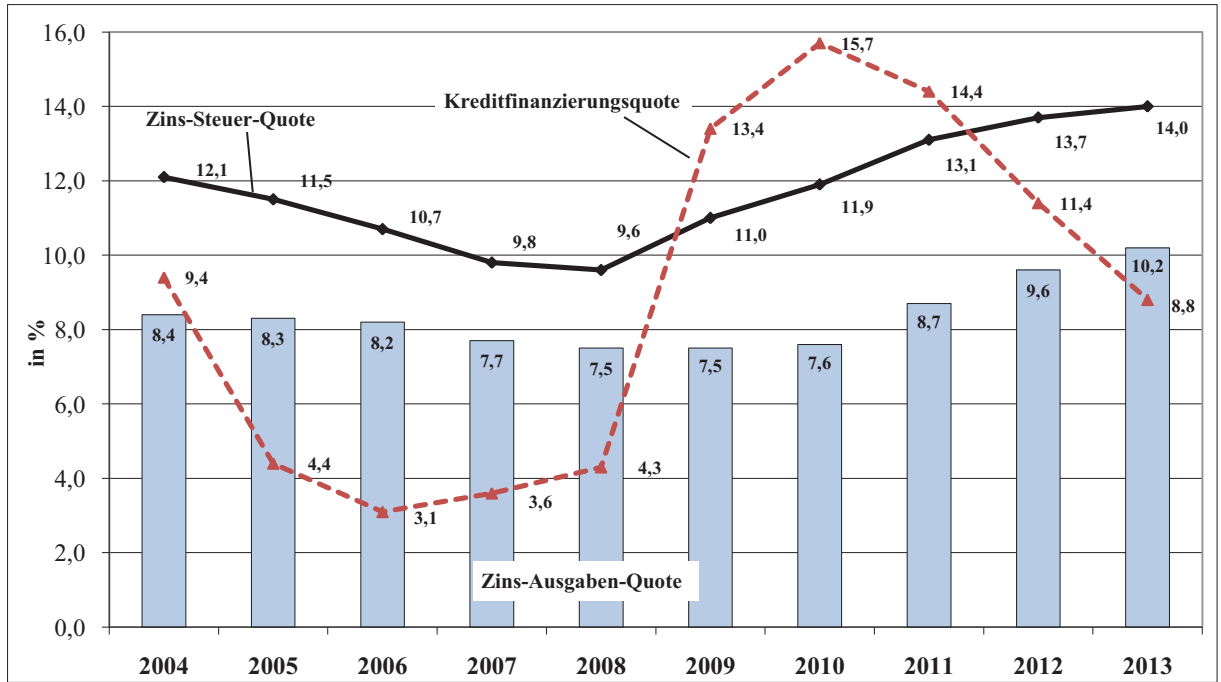
Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die damit verbundenen Belastungen des Landeshaushalts finden ihren Niederschlag – wie die nachfolgende Abbildung 8 zeigt – auch in wichtigen Haushaltskennzahlen des Landes:

... deutlich die Auswirkungen der Krise

- Die Kreditfinanzierungsquote, die bereits kurzfristig eine Veränderung der Finanzlage eines Landes anzeigt, erhöht sich von 4,3 % im Jahr 2008 sprunghaft auf 13,4 % im Jahr 2009 und steigt im Jahr 2010 auf 15,7 % an. Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums geht sie auf 8,8 % zurück.
- Die Zins-Ausgaben-Quote, die ebenso wie die Zins-Steuer-Quote die Belastung des Landeshaushalts auf Grund der Nettokreditaufnahme aus Vorjahren dokumentiert, erhöht sich im Finanzplanungszeitraum kontinuierlich von 7,5 % im Jahr 2009 auf 10,2 % im Jahr 2013.

- Die Zins-Steuer-Quote erhöht sich im Finanzplanungszeitraum ebenfalls stetig von 11,0 % im Jahr 2009 auf 14,0 % im Jahr 2013.

Abbildung 8: Entwicklung der Zins-Ausgaben-Quote, Zins-Steuer-Quote und Kreditfinanzierungsquote 2004 bis 2013



3. Die Einnahmen im Finanzplanungszeitraum

a) *Steuereinnahmen*

Entwicklung der Steuereinnahmen im Zeichen der Wirtschaftskrise

Die Finanzplanung geht für das laufende Jahr von den im Haushaltsplan 2009 veranschlagten Einnahmen aus. Für das Jahr 2010 sind die Haushaltsansätze des Regierungsentwurfs in der am 26.08.2009 von der Landesregierung beschlossenen Fassung zu Grunde gelegt, die sich – wie auch die Steueransätze für die Planjahre – an den Ergebnissen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom Mai 2009 orientieren. Damit steht die Entwicklung der Steuereinnahmen im Finanzplanungszeitraum ganz im Zeichen der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte Deutschlands, deren gesamtes Ausmaß erst im Rahmen der Mai-Steuerschätzung 2009 zum Tragen kam. Die Wachstumsaussichten für das Jahr 2009 wurden im Vergleich zu den vorangegangenen Steuerschätzungen nochmals stark nach unten korrigiert und auch der Zeitpunkt der konjunkturellen Trendwende wurde deutlich in die Zukunft verschoben. Derzeit wird damit gerechnet, dass erst am Ende des Planungszeitraums wieder das wirtschaftliche Niveau des Jahres 2008 erreicht wird.

Konjunkturunbruch und Steuersenkungen führen zu Steuerausfällen in Höhe von 316 Mrd. Euro ...

Der starke Konjunkturunbruch führt nach den Ergebnissen der Mai-Steuerschätzung 2009 zu erheblichen konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen. Diese belaufen sich für den Gesamtstaat in den Jahren 2009 bis 2012 auf rd. 213 Mrd. Euro. Sie erklären damit rd. zwei Drittel der im Vergleich mit der letzten „Vorkrisen“-Steuerschätzung vom Mai 2008 insgesamt zu verzeichnenden Steuerausfälle in Höhe von 316 Mrd. Euro. Der Differenzbetrag in Höhe von rd. 103 Mrd. Euro ist auf die mit dem sich immer deutlicheren Abzeichnen der Wirtschaftskrise auf den Weg gebrachten, umfangreichen Steuerrechtsänderungen zurückzuführen. Diese zielen im Wesentlichen auf eine (dauerhafte) Entlastung der Einkommen ab, um auf diese Weise die private Nachfrage zu stärken.

In der nachfolgenden Tabelle 4 werden die wichtigsten Steuerrechtsänderungen ausgewiesen. Diese führen, wie z.B. die Absenkung des Einkommensteuertarifs im Rahmen des Konjunkturpakets II, die Wiedereinführung der „alten“ Pendlerpauschale und die volle Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge, zu erheblichen und vor allem dauerhaften Steuerausfällen.

Tabelle 4: Auswirkungen der Steuerrechtsänderungen gegenüber der Mai-Steuerschätzung 2008

	2009	2010	2011	2012
	- in Mrd. Euro -			
Auswirkungen Steuerrechtsänderungen insgesamt	-16,5	-28,4	-30,6	-28,1
<i>darunter:</i>				
Konjunkturpaket I	-2,6	-5,7	-5,9	-3,9
Familienleistungsgesetz	-2,3	-2,3	-2,3	-2,3
Konjunkturpaket II	-4,9	-5,6	-6,1	-6,2
Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung	-	-8,1	-10,5	-10,6
Entfernungspauschale (BR-Beschluss)	-5,4	-3,1	-2,5	-2,5

Kfz-Steuer-Kompensation

Vor diesem Hintergrund nehmen die Steuereinnahmen des Landes Hessen im Finanzplanungszeitraum den in Tabelle 5 dargestellten Verlauf. Hinzuweisen ist hierbei darauf, dass das Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer zum 1. Juli 2009 auf den Bund übergegangen ist. Zur Kompensation der damit verbundenen Steuerausfälle erhält das Land vom Bund im Jahr 2009 Zuweisungen in Höhe von 351 Mio. Euro und ab dem Jahr 2010 in Höhe von jährlich 691 Mio. Euro. Dieser Betrag wird aber nicht mehr als „Steuereinnahme“, sondern als „Zuweisung“ verbucht. Dies führt zu

einer Verkürzung der Steuerdeckungsquote von 1,8 Prozentpunkten in 2009 und rd. 3,5 Prozentpunkten ab 2010.

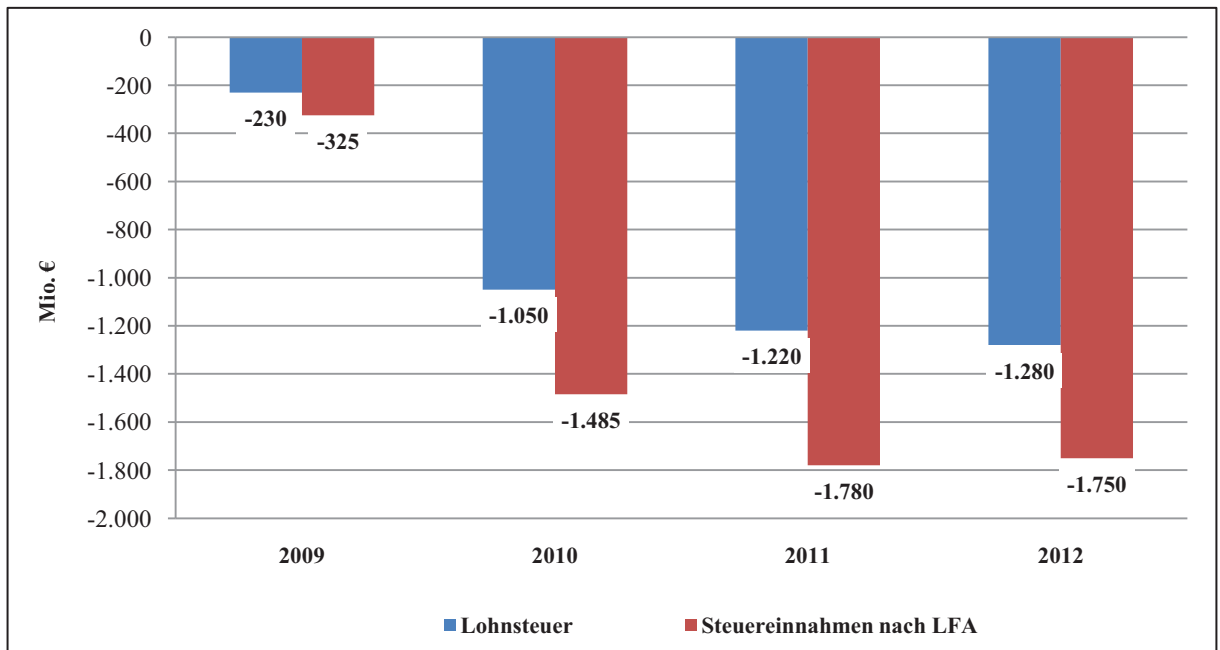
Tabelle 5: Die Entwicklung der Steuereinnahmen

	Soll 2009	Entwurf 2010	2011	Planjahre 2012	2013
- in Mio. Euro -					
Steuereinnahmen	15.505,0	14.565,0	15.060	15.990	16.735
<i>(Veränderung in %)</i>	<i>(- 7,9)</i>	<i>(- 6,1)</i>	<i>(+ 3,4)</i>	<i>(+ 6,2)</i>	<i>(+ 4,7)</i>
Länderfinanzausgleich	2.285,0	2.170,0	2.265	2.450	2.625
Steuern nach LFA	13.220,0	12.395,0	12.795	13.540	14.110
<i>(Veränderung in %)</i>	<i>(- 6,9)</i>	<i>(- 6,2)</i>	<i>(+ 3,2)</i>	<i>(+ 5,8)</i>	<i>(+ 4,2)</i>
Steuerdeckungsquote	68,0	64,3	66,7	69,8	72,4
<i>nachrichtlich:</i>					
Steuerdeckungsquote inkl. Kompensation Kfz-Steuer	69,8	67,8	70,3	73,4	75,9

**Drastische
Steuermin-
dereinnahmen
gegenüber
letztem FPL**

Gegenüber der letzten Finanzplanung 2008 bis 2012 ergeben sich damit erhebliche Mindereinnahmen (nach LFA), die sich in den Jahren 2009 bis 2012 auf über 5,3 Mrd. Euro summieren. In allen Jahren werden dabei die Steuerausfälle maßgeblich durch die Entwicklung der Lohnsteuer bestimmt. Dies ist zum einen auf die große Bedeutung dieser Steuerart für die Steuereinnahmen des Landes zurückzuführen, da rd. 37 % – nach LFA sogar 43% – der Steuereinnahmen auf die Lohnsteuer entfallen. Zum anderen dürfte sich die Wirtschaftskrise über den zu erwartenden deutlichen Beschäftigungsrückgang in besonderer Weise bei dieser Steuerart niederschlagen.

Abbildung 9: Rückgang der Steuereinnahmen insgesamt (nach LFA) sowie der Lohnsteuer gegenüber dem Finanzplan 2008 bis 2012



b) Sonstige Einnahmen

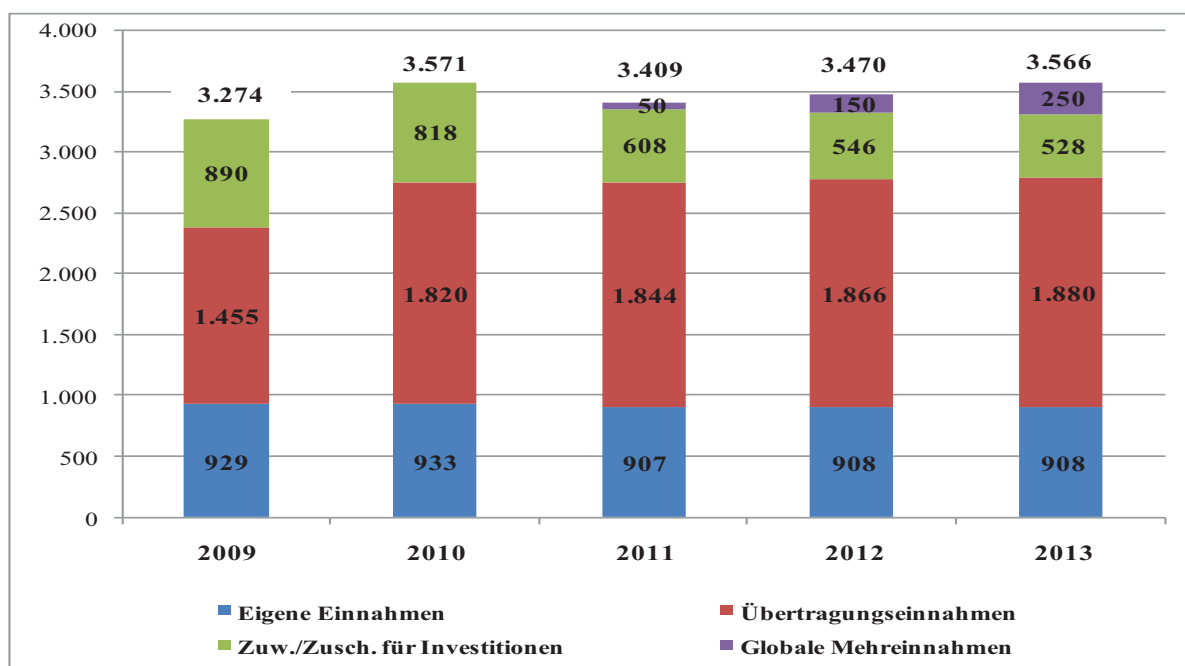
Die Entwicklung bis 2013 wird...

Neben der wichtigsten Einnahmequelle des Landes, den Steuereinnahmen, deren Anteil an den bereinigten Gesamteinnahmen bei jährlich über 80 % liegt, finanziert sich das Land durch die sog. eigenen Einnahmen (z.B. Gebühreneinnahmen), durch Übertragungseinnahmen für laufende Zwecke (z.B. Ausgleichszahlungen für den Wegfall der Kfz-Steuer) sowie durch Zuschüsse, die das Land von Dritten zur Finanzierung von Investitionen erhält. Daneben erzielt das Land auch Einnahmen aus steuerähnlichen Abgaben, zu denen z.B. die Spielbank- oder die Abwasserabgabe gehören. Ihre Bedeutung für den Landeshaushalt ist allerdings vergleichsweise gering. In der nachfolgenden Abbildung 10 wird die Entwicklung der sonstigen Einnahmen (ohne steuerähnliche Abgaben) im Finanzplanungszeitraum dargestellt.

... durch Zukunftsinvestitionsgesetz und Kfz-Steuerkompensation geprägt

Der starke Anstieg bei den sonstigen Einnahmen im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr wird im Wesentlichen durch die Entwicklung der laufenden Übertragungseinnahmen begründet. Dort haben die – nunmehr vollständigen – Kompensationszahlungen des Bundes zum Ausgleich der Steuerausfälle der Länder auf Grund der Übertragung der Ertragshoheit bei der Kfz-Steuer auf den Bund einen deutlichen Aufwuchs zur Folge.

Abbildung 10: Die Entwicklung der sonstigen Einnahmen im Planungszeitraum



Der im Jahr 2011 zu verzeichnende Rückgang der sonstigen Einnahmen ist auf die sinkende Bedeutung der Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen zurückzuführen. Ursächlich hierfür sind die bis zum Jahr 2011 befristeten Zuweisungen des Bundes im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes, die in den Jahren 2010 und 2011 zum Teil deutlich hinter dem jeweiligen Vorjahresansatz zurückbleiben. Der in den letzten beiden Jahren der Finanzplanung zu verzeichnende leichte Aufwuchs ist insbesondere auf die in den Planjahren veranschlagten Globalen Mehreinnahmen zurückzuführen.

4. Die Ausgaben im Finanzplanungszeitraum

a) Personalausgaben

Personalausgaben größter Ausgabenblock

Die Personalausgaben bilden traditionell den mit Abstand größten Ausgabenblock in den Haushalten der Länder. In Hessen entfallen über den gesamten Finanzplanungszeitraum hinweg über 40 % der bereinigten Gesamtausgaben (ohne LFA) auf die Ausgaben für die aktiv Beschäftigten sowie die Versorgungsempfänger des Landes. Wie die nachfolgende Tabelle 6 zeigt, erhöhen sich die Personalausgaben im Finanzplanungszeitraum um über 390 Mio. Euro und belaufen sich im Planungsendjahr 2013 auf etwas über 8 Mrd. Euro.

Tabelle 6: Die Entwicklung der Personalausgaben

	Soll	Entwurf	Planjahre		
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. Euro				
Personalausgaben insgesamt	7.647,8	7.832,0	7.911	7.969	8.040
<i>(Veränderung in %)</i>	<i>(+ 5,3)</i>	<i>(+ 2,4)</i>	<i>(+ 1,0)</i>	<i>(+ 0,7)</i>	<i>(+ 0,9)</i>
Personal-Ausgaben-Quote (in %)	39,3	40,6	41,2	41,1	41,3
<i>darunter:</i>					
Versorgungsausgaben ¹⁾	1.874,7	1.969,1	1.999	2.056	2.121

¹⁾ Ab 2011 ohne zentral veranschlagte Mittel für die Auswirkungen der Versorgungsanpassung 2009/2010.

**Entwicklung
2010**

Der Anstieg der Personalausgaben im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Erstens steigen die Versorgungs- und Beihilfeausgaben – wie bereits im Jahr 2009 – stark an. Zweitens trägt die weiter verbesserte Stellenausstattung im Schul- und Polizeibereich zu einer Erhöhung des Personalausgabeansatzes bei. Zudem führt die Tarif-, Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2009/2010 nicht nur im Jahr 2009, sondern auch im Jahr 2010 zu einem steigenden finanziellen Mehrbedarf.

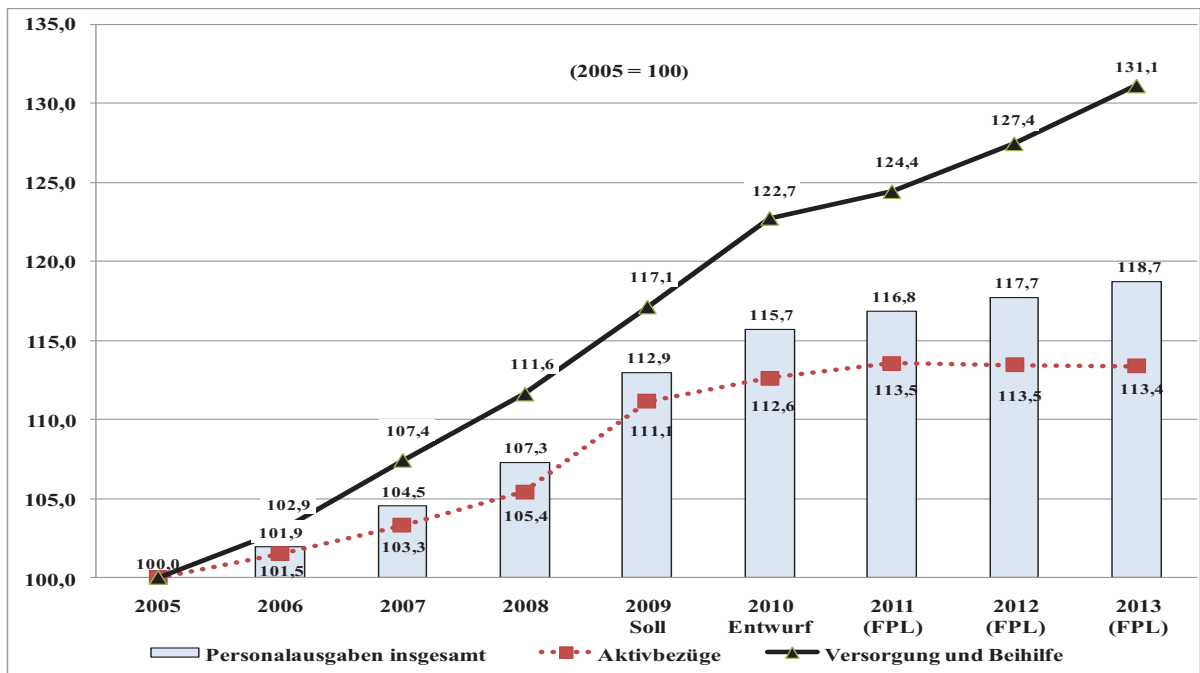
**Land spart bis
Ende 2013
470 Mio. Euro**

Der Personalausgabenaufwuchs wird allerdings dadurch begrenzt, dass auf die vollständige Ausfinanzierung der Tarif-, Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2009/2010 über den gesamten Finanzplanungszeitraum verzichtet wird. Vielmehr wird ein Teilbetrag in Höhe von jährlich 94 Mio. Euro nicht an die Ressorts weitergegeben. Im Zeitraum 2009 bis 2013 beläuft sich die Einsparung somit auf 470 Mio. Euro. Das Land setzt damit seinen nicht zuletzt mit der Operation „Sichere Zukunft“ eingeschlagenen Kurs der konsequenten Begrenzung des Personalausgabenwachstums fort.

**Entwicklung
bis 2013 durch
Beihilfe und
Versorgung
geprägt**

Dennoch erhöhen sich die Personalausgaben bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums um mehr als 390 Mio. Euro auf dann über 8,0 Mrd. Euro. Diese Entwicklung ist zu einem erheblichen Teil auf den durch die weiter steigende Zahl an Versorgungsempfängern begründeten Anstieg der Versorgungsausgaben zurückzuführen. Zudem wachsen auch die Beihilfeausgaben überproportional an. Die für die kommenden Jahre unterstellte Entwicklung schreibt allerdings nur den bereits in den vergangenen Jahren zu beobachtenden Aufwuchs der Versorgungs- und Beihilfeausgaben fort (vgl. Abbildung 11).

Abbildung 11: Entwicklung der Personalausgaben (HGr. 4) 2005 bis 2013



Die Grafik zeigt, dass die Personalausgaben insgesamt im Jahr 2013 den Ausgangswert des Jahres 2005 um rd. 19 % übersteigen. Die Ausgaben für die Aktivbeschäftigten des Landes tragen zu dieser Entwicklung mit einem Zuwachs von etwas über 13 % nur unterdurchschnittlich bei. Demgegenüber entwickeln sich die Versorgungs- und Beihilfeausgaben im Betrachtungszeitraum dynamisch und liegen im Jahr 2013 fast um ein Drittel über dem Niveau des Jahres 2005.

Begrenzung des Ausgabenwachstums ist ehrgeiziges Ziel

Die Einhaltung der im Finanzplanungszeitraum dargestellten Entwicklungslinie bei den Personalausgaben steht unter dem Vorbehalt, dass etwaige Mehrausgaben im Rahmen von künftigen Tarifabschlüssen zumindest teilweise in den Ressortbudgets erwirtschaftet werden. Zudem darf die Gesamtzahl der Stellen im Landeshaushalt – wie dies auch die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP vorsieht – trotz zusätzlicher Personalstellen in den Bereichen Bildung und Innere Sicherheit nicht wachsen.

Sondervermögen „Versorgungsrücklage“

Um die absehbaren Auswirkungen des demografischen Wandels in künftigen Haushalten abzufedern, hat das Land im Jahr 2005 mit dem sukzessiven Aufbau einer zusätzlichen, kapitalgedeckten Altersversorgung begonnen. Hessen führt seitdem für jeden neu eingestellten Beamten einen aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung pauschalierten Betrag an das Sondervermögen "Versorgungsrücklage" ab. Die Zahlungen werden auch im laufenden Finanzplanungszeitraum fortgesetzt. Im Jahr 2013 wird sich damit das in der Rücklage insgesamt angesammelte Vermögen voraussichtlich auf rd. 1,4 Mrd. Euro belaufen.

b) *Zinsausgaben*

Krisenbedingte Ausweitung der Neuverschuldung...

Die der Wirtschaftskrise geschuldete massive Ausweitung der Nettokreditaufnahme des Landes geht mit einem starken Anstieg der Zinsausgaben im Finanzplanungszeitraum einher. Die Entwicklung der Zinsausgaben wird einerseits durch die bestehenden Vorbelastungen, d.h. durch die Zins- und Tilgungspläne für die in früheren Jahren aufgenommenen Kredite, zum anderen durch die in den kommenden Jahren vorgesehene Neuverschuldung bestimmt. Der deutliche Anstieg der Verschuldung schlägt damit zwangsläufig auf die Höhe der Zinsausgaben des Landes durch. Diese werden den Landeshaushalt – wie die nachfolgende Tabelle 7 zeigt – auch dann noch in erheblichem Maße belasten, wenn die unmittelbaren Auswirkungen des Konjunkturereintruchs voraussichtlich überwunden sind.

Tabelle 7: Die Entwicklung der Zinsausgaben

	Soll	Entwurf	Planjahre		
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. Euro				
Zinsausgaben	1.459,7	1.473,2	1.670	1.860	1.980
<i>(Veränderung in %)</i>	<i>(+ 7,1)</i>	<i>(+ 0,9)</i>	<i>(+ 13,4)</i>	<i>(+ 11,4)</i>	<i>(+ 6,5)</i>

... führt zu starkem Aufwuchs bei den Zinsausgaben

In der vorliegenden Planung wird davon ausgegangen, dass die Zinsausgaben des Landes im Planungsendjahr um über 500 Mio. Euro über dem Ausgangswert des Jahres 2009 in Höhe von rd. 1.460 Mio. Euro liegen werden (siehe hierzu auch Übersicht 7). Mit einem jahresdurchschnittlichen Anstieg von knapp 8 % wachsen sie zudem weitaus stärker als die bereinigten Gesamtausgaben des Landes. Sie stellen damit eine schwere Hypothek für das Ziel eines Haushalts ohne neue Schulden dar, da der zwangsläufige Mehrbedarf bei den Zinsen durch zusätzliche Einsparungen in anderen Ausgabenbereichen kompensiert werden muss.

Risiko steigender Zinssätze

Daneben darf nicht aus dem Blick geraten, dass das Land in den vergangenen Jahren von insgesamt günstigen Finanzierungsbedingungen profitieren konnte, von denen sich derzeit noch nicht absehen lässt, ob sie auch in Zukunft Bestand haben werden. Angesichts des stark steigenden Schuldenstandes des Landes würde ein deutlicher Anstieg des Zinsniveaus ein erhebliches Finanzierungsrisiko für den Landeshaushalt bergen.

c) *Länderfinanzausgleich*

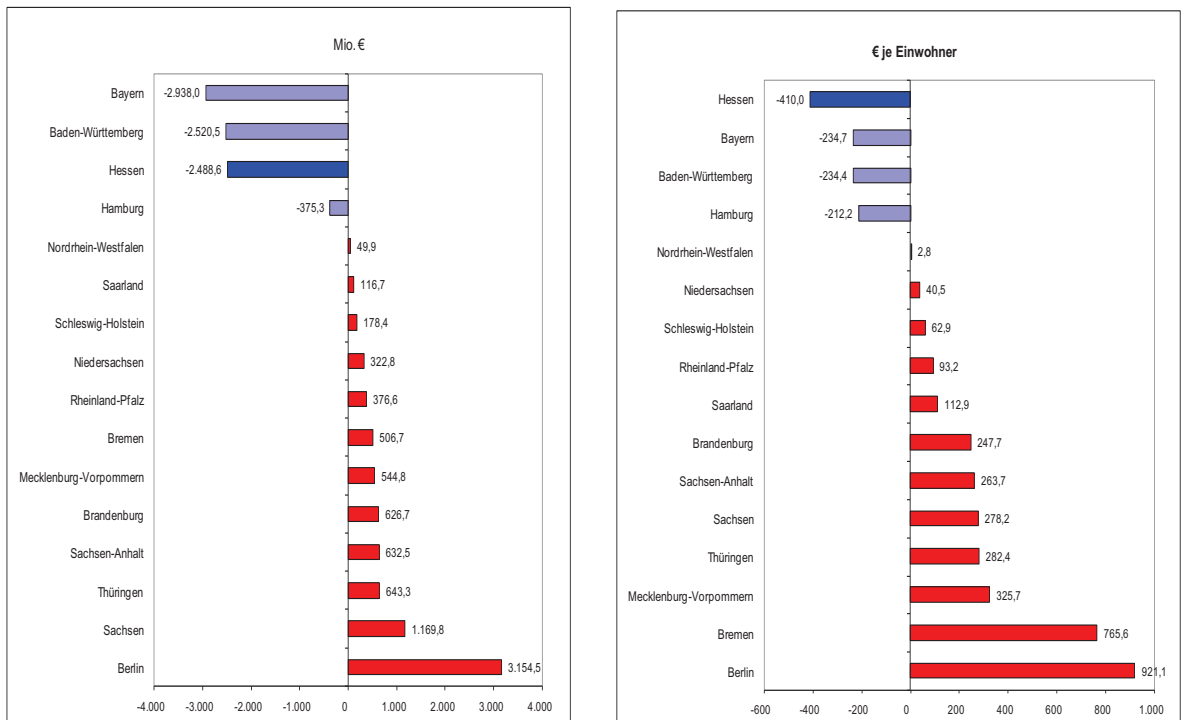
Hessen zahlte 2008 fast 2,5 Mrd. Euro in den LFA und ist ...

Die Zahlungen des Landes in den Länderfinanzausgleich bleiben auch weiterhin eine erhebliche Belastung für Hessen. Auch wenn die hohen und in den Planjahren steigenden Zahlungsverpflichtungen in den bundesstaatlichen Solidarausgleich Spiegelbild der im Ländervergleich weit überdurchschnittlichen Wirtschafts- und Finanzkraft Hessens sind, führen sie doch zu einer starken Einschränkung des finanziellen Handlungsspielraums des Landes. Wie die Abbildung 12 zeigt, liegen die Leistungen des Landes im Länderfinanzausgleichssystem mit (abrechnungsmäßig) rd. 2,5 Mrd. Euro auch im Jahr 2008 wieder auf sehr hohem Niveau.

... je Einwohner größter Nettozahler

Auch wenn in 2008 Bayern und Baden-Württemberg absolut eine höhere Zahlungslast tragen müssen, bleibt Hessen, wie der aussagekräftigere Vergleich der Pro-Kopf-Belastung zeigt, das mit weitem Abstand am stärksten belastete Land aller Zahlerländer (vgl. Abbildung 12). Mit einer Ausgleichsleistung von 410 Euro je Einwohner liegt Hessen weit vor den übrigen drei Zahlerländern Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg, die je Einwohner zwischen rd. 212 und rd. 235 Euro an die Empfängerländer abführen müssen.

Abbildung 12: LFA-Beiträge (-) und -Zuweisungen (+) absolut und je Einwohner im Jahr 2008 (abrechnungsmäßig)

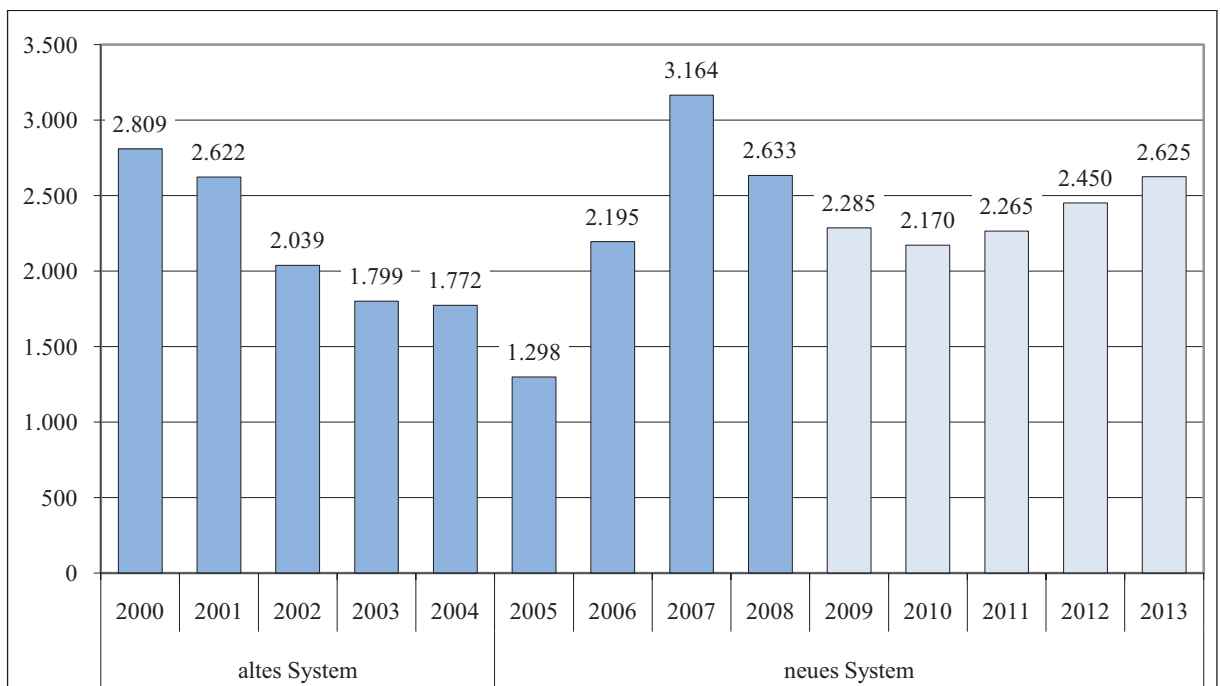


Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass im Jahr 2008 nur noch vier der sechzehn Bundesländer ausgleichspflichtig waren, da Nordrhein-Westfalen, das bislang zu den Geberländern zählte, in den Kreis der Empfänger wechselte. Ob es sich bei dieser Entwicklung um eine strukturelle Verschiebung oder um einen lediglich temporären Effekt handelt, bleibt abzuwarten.

Entwicklung im Planungszeitraum

Für die Krisenjahre 2009 und 2010 wird damit gerechnet, dass die Belastung des Landes im Finanzausgleich – korrespondierend mit dem erwarteten Steuereinbruch – gegenüber dem (kassenmäßigen) Ist des Jahres 2008 nochmals deutlich zurückgehen wird. Für die Planjahre wird erwartet, dass sich die Zahlungen des Landes wieder erhöhen und im Jahr 2013 mit gut 2,6 Mrd. Euro wieder das Niveau des Jahres 2008 erreichen werden (vgl. Abbildung 13).

Abbildung 13: Die Beiträge Hessens im Länderfinanzausgleich (kassenmäßig) 2000 bis 2013



d) Zahlungen an die Kommunen

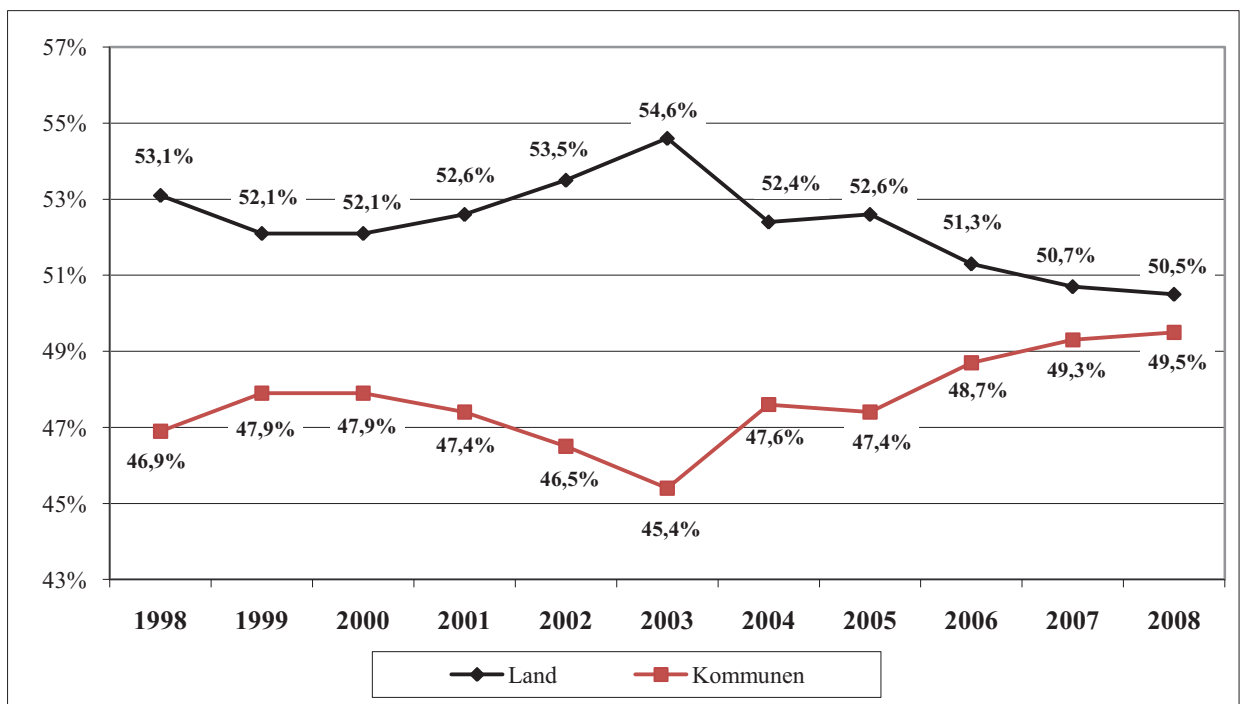
Hoher Finanzierungsüberschuss im Jahr 2008...

Die positive Entwicklung der Finanzlage der kommunalen Ebene in Hessen hat im Jahr 2008 angehalten. Nachdem bereits in den Jahren 2006 und 2007 Überschüsse in Höhe von rd. 330 Mio. Euro und rd. 1.270 Mio. Euro zu verzeichnen waren, weist die vierteljährliche Kassenstatistik für die hessischen Kommunen auch im Jahr 2008 – im Gegensatz zum Landeshaushalt – wieder einen positiven Finanzierungssaldo aus. Mit einem Wert von rd. 1.100 Mio. Euro liegt dieser nahezu auf dem Niveau des Vorjahres.

...und Rekordanteil an Steuereinnahmen ...

Maßgeblich für die Verbesserung in den vergangenen Jahren war vor allem ein dynamischer Anstieg der kommunalen Einnahmehasis, der zum einen auf stark wachsende eigene Steuereinnahmen, zum anderen auf deutlich steigende Leistungen des Landes an die Kommunen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs zurückgeführt werden kann. Diese Entwicklung hat – wie die nachfolgende Abbildung 14 zeigt – zur Folge, dass sich die Anteile an den im Land nach Durchführung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs verbleibenden Steuereinnahmen seit dem Jahr 2006 zugunsten der kommunalen Ebene und damit zu Lasten des Landes verschoben haben.

Abbildung 14: Anteile von Land und Kommunen an den in Hessen verbleibenden Steuereinnahmen



Im Jahr 2008 standen dem Land nur noch 50,5 % der gesamten Steuereinnahmen Hessens – ein Prozentpunkt an den im Land verbleibenden Steuereinnahmen entspricht hierbei im Jahr 2008 einem Betrag von 216 Mio. Euro – zur Finanzierung seiner Aufgaben zur Verfügung. In keinem Jahr seit Ermittlung dieser Quote im Jahr 1979 wurde ein solch niedriger Anteilswert für das Land ermittelt. Eine valide Prognose, wie sich diese Quote im laufenden Jahr sowie im Jahr 2010 entwickeln wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, da sowohl auf kommunaler Ebene als auch auf Landesebene erhebliche Unsicherheiten über die weitere Entwicklung der Steuereinnahmen bestehen.

... rechtfertigen kommunalen Konsolidierungsbeitrag

Hessen hat bislang davon abgesehen, die hessischen Kommunen mit einem Konsolidierungsbeitrag für den Landeshaushalt zu belasten. Mit Blick auf die mittlerweile zu beobachtende, deutlich auseinanderlaufende Entwicklung von Landeshaushalt und kommunalen Haushalten sowie die massiven Konsolidierungsnotwendigkeiten, denen sich der Landeshaushalt in den kommenden Jahren gegenübersehen, kann das Land hierauf allerdings nicht mehr verzichten. Die Landesregierung bleibt daher bei ihrer bereits im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung 2008 bis 2012 angekündigten Absicht, ab dem Jahr 2011 die Leistungen an die Kommunen im kommunalen Finanzausgleich um 400 Mio. Euro abzusenken. Dieser Betrag entspricht den finanziellen Lasten, die sich im Jahr 2008 für das Land aus der Anrechnung der hohen Steuerkraft der hessischen Kommunen im Länderfinanzausgleich ergeben. Bei aller bestehenden Unsicherheit deutet sich eine solche Größenordnung auch für das Jahr 2009 an.

Leistungen des Landes an Kommunen sinken deutlich

Wie die nachfolgende Tabelle 8 verdeutlicht, müssen sich die hessischen Kommunen darauf einstellen, dass die in den Jahren vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise zu beobachtende Dynamik bei den Leistungen des Landes an die Kommunen nicht aufrechterhalten werden kann. Vielmehr werden die Leistungen an die Kommunen von rd. 4,5 Mrd. Euro im Jahr 2009 auf rd. 3,8 Mrd. Euro im Jahr 2011 deutlich zurückgehen.

Tabelle 8: Die Entwicklung der Zahlungen an die Kommunen

	Soll	Entwurf	Planjahre		
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. Euro				
Leistungen des Landes an die Kommunen	4.477,0	4.064,7	3.829	4.050	4.183
<i>(Veränderung in %)</i>	<i>(+ 1,2)</i>	<i>(- 9,2)</i>	<i>(- 5,8)</i>	<i>(+ 5,8)</i>	<i>(+ 3,3)</i>
<i>darunter:</i>					
Kommunaler Finanzausgleich	3.313,6	2.921,9	2.652	2.862	3.005
<i>(Veränderung in %)</i>	<i>(+ 1,0)</i>	<i>(- 11,8)</i>	<i>(- 9,2)</i>	<i>(+ 7,9)</i>	<i>(+ 5,0)</i>

Diese Entwicklung ist einerseits auf die sich durch die Finanz- und Wirtschaftskrise ergebenden Steuereinbrüche und den damit verbundenen negativen Auswirkungen auf die Finanzausgleichsmasse zurückzuführen. Im Jahr 2011 kommt zudem die jährliche Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs um 400 Mio. Euro zum Tragen. Ab dem Jahr 2012 sind wieder deutliche Aufwüchse bei den Leistungen des Landes an die Kommunen zu verzeichnen, die im gleichen Jahr bereits das Niveau des Jahres 2010 erreichen und im Folgejahr um über 100 Mio. Euro übertreffen werden.

e) *Investitionsausgaben*

**Land weitet
Investitions-
ausgaben
aktuell stark
aus**

Die Entwicklung der Investitionsausgaben im Finanzplanungszeitraum wird im Wesentlichen durch die konjunkturgerechte Ausweitung der Investitionsausgaben des Landes in den Jahren 2009 bis 2011 bestimmt. In diesem Zeitraum investiert das Land zusammen rd. 7,2 Mrd. Euro und damit rd. 2 Mrd. Euro mehr als im Zeitraum 2006 bis 2008. Es leistet damit – zumal es im Rahmen des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms noch umfangreiche zusätzliche Mittel außerhalb des Landeshaushalts zur Verfügung stellt – einen spürbaren Beitrag zur Stützung der Konjunktur. Mit den hohen Investitionsausgaben von jeweils rd. 2,4 Mrd. Euro in diesen Jahren korrespondiert eine überdurchschnittlich hohe Investitionsquote. Sie liegt – wie Tabelle 9 zeigt – bei jeweils rd. 12,5 %.

Tabelle 9: Die Entwicklung der Investitionsausgaben

	Soll	Entwurf	Planjahre		
	2009	2010	2011	2012	2013
	In Mio. Euro				
Investitionsausgaben insgesamt	2.423,5	2.414,6	2.380	2.185	2.032
<i>(Veränderung in %)</i>	<i>(+ 35,4)</i>	<i>(- 0,4)</i>	<i>(- 1,4)</i>	<i>(- 8,2)</i>	<i>(- 7,0)</i>
Investitionsquote (in %)	12,5	12,5	12,4	11,3	10,4

**Ab 2012 kon-
junkturge-
rechte Rück-
führung der
Investitionen**

In den Folgejahren ist eine, die erwartete konjunkturelle Entwicklung berücksichtigende Rückführung der Investitionsausgaben des Landes vorgesehen, wobei hier insbesondere das Auslaufen des Konjunkturpakets II des Bundes zum Tragen kommt. Daneben werden auch die Ausgaben für den staatlichen Hochbau reduziert. Die Investitionsquote sinkt vor diesem Hintergrund auf 11,3 % im Jahr 2012 und auf 10,4 % im Jahr 2013. Mit geplanten Ausgaben von jeweils über 2 Mrd. Euro werden die Investitionsausgaben des Landes dennoch auf hohem Niveau fortgeführt. Über den gesamten Finanzplanungszeitraum betrachtet, stellt das Land für die Abwicklung, Weiterführung und Ergänzung der Investitionsprogramme in den Jahren 2009 bis 2013 einen Rekordwert von über 11,4 Mrd. Euro zur Verfügung.

**Schwerpunkt-
bereiche
Hochschulbau
und Verkehrs-
infrastruktur**

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Investitionsmaßnahmen des Landes im Finanzplanungszeitraum liegen – korrespondierend mit den Zielsetzungen des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms und des Zukunftsinvestitionsgesetzes – vor allem im Hochschulbau und in der Verkehrsinfrastruktur. Das Land investiert damit vor allem in solche Bereiche, die für die Sicherung und Stärkung des Standorts und damit für die Zukunftsfähigkeit des Landes von besonderer Bedeutung sind. Darüber hinaus schlagen vor allem im Jahr 2011 hohe Investitionsausgaben für die Einführung des BOS-Digitalfunks zu Buche (vgl. hierzu auch Übersicht 3).

**Rd. ein Drittel
der Investitio-
nen fließt als
Zuschüsse an
die Kommuni-
ten**

Von den insgesamt zur Verfügung stehenden Investitionsmitteln werden fast 36 % für solche Maßnahmen eingesetzt, die das Land in eigener Regie durchführt (z.B. Straßenbau, Hochschulbau). Ein weiteres Drittel stellt das Land der kommunalen Ebene als Zuweisungen für deren Investitionen zur Verfügung, und fast 19 % fließen als Zuschüsse an Bereiche außerhalb der öffentlichen Verwaltung. Die verbleibenden Ausgaben umfassen die sonstigen Zuweisungen an den öffentlichen Bereich (z.B. für Krankenhäuser), den Bereich der Darlehensvergabe sowie den Erwerb von Beteiligungen. Die Gewichtung der einzelnen Investitionsbereiche ist im Vergleich mit der Finanzplanung 2008 bis 2012 weitgehend unverändert geblieben.

**Sondervermö-
gen „Woh-
nungswesen
und Zukunfts-
investitionen“**

Zusätzlich ist zu beachten, dass mit dem Sondervermögen „Wohnungswesen und Zukunftsinvestitionen“ auch weiterhin ein wirkungsvolles Instrument für zusätzliche Maßnahmen und Anstöße im investiven Bereich zur Verfügung steht. Neben Mitteln für die soziale Wohnraumförderung (71 Mio. Euro) sieht der Wirtschaftsplan des Sondervermögens allein für das Jahr 2010 weitere Förderungen von 55 Mio. Euro vor, mit denen zukunftsorientierte Maßnahmen der Wirtschaftsförderung, insbesondere der Infrastrukturentwicklung sowie der Technologie- und Innovationsförderung, unterstützt werden.

f) *Die konsumtiven Ausgaben des Landes*

**Begrenzung
der konsumti-
ven Ausgaben**

Zur Absicherung des Konsolidierungsziels verfolgt die Landesregierung – beginnend mit dem Haushalt 2010 – das Ziel, den Anstieg der konsumtiven Ausgaben pro Jahr auf maximal 0,5 % zu begrenzen. Die Ermittlung der für die Umsetzung dieser Zielsetzung maßgeblichen Größe erfolgt hierbei nach dem in Tabelle 10 ausgewiesenen Schema.

Tabelle 10: Die Ableitung der konsumtiven Ausgaben

Ausgabenbereiche	
	Sächliche Verwaltungsausgaben
+	Sonstige laufende Übertragungsausgaben (ohne LFA und lfd. KFA)
./.	Anteil Personalausgaben an den Zuschüssen zum Hochschulprogrammhaushalt
=	„konsumtive Ausgaben“

**Begriffsdefi-
nition**

Ausgeblendet bleiben in dieser Betrachtung die Zahlungsverpflichtungen des Landes in den Länderfinanzausgleich sowie die Zinsausgaben, da sich beide Größen einer direkten Einflussnahme durch das Land entziehen. Beim Länderfinanzausgleich kommt hinzu, dass dieser – in Abhängigkeit von der Entwicklung der Steuereinnahmen – im Zeitablauf starken Schwankungen unterliegt, die eine sachgerechte Steuerung der Ausgaben letztlich unmöglich machen würden. Aus diesem Grund wird auch der laufende Kommunale Finanzausgleich nicht in die Bemessungsgrundlage einbezogen, da dessen Höhe im Wesentlichen von der vom Land nicht zu beeinflussenden Entwicklung der Steuereinnahmen (nach LFA) determiniert wird.

Ebenfalls nicht erfasst werden die Personalausgaben des Landes, da bei dieser Ausgabenkomponente gesonderte Konsolidierungsziele bestehen. Konsequenz aus dieser Vorgehensweise ist, dass die sonstigen laufenden Übertragungsausgaben pauschaliert um den Anteil bereinigt werden müssen, der bei den Zuschüssen an die Hochschulprogrammhaushalte auf die Ausgaben für das Personal der Hochschulen entfällt. Die auf diese Weise abgegrenzten konsumtiven Ausgaben nehmen im Finanzplanungszeitraum den in Tabelle 11 dargestellten Verlauf:

Tabelle 11: Die Entwicklung der konsumtiven Ausgaben

	Soll	Entwurf	Planjahre		
	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mio. Euro				
Konsumtive Ausgaben	4.138,9	4.147,7	4.169	4.189	4.210
(Veränderung in %)	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5

Dauerhafte Begrenzung des Ausgabenwachstums auf 0,5 %

Die konsumtiven Ausgaben steigen – nachdem der Zuwachs im Jahr 2010 sogar bei lediglich 0,2 % liegt – in den einzelnen Finanzplanungsjahren jeweils um 0,5 %. Die Vorgaben des Koalitionsvertrages werden damit umgesetzt. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass die dauerhafte Einhaltung dieser Zielsetzung eine erhebliche Herausforderung darstellt, deren Bewältigung Aufgabe der künftigen Haushaltsaufstellungen sein wird.

5. Kreditaufnahme

Wirtschaftskrise zwingt zu höherer NKA

Die fundamental verschlechterten gesamt- und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die damit einhergehenden finanziellen Auswirkungen zwingen im aktuellen Finanzplanungszeitraum zu einer deutlichen Ausweitung der Nettokreditaufnahme. Sie steigt im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr sprunghaft von rd. 894 Mio. Euro auf rd. 2.917 Mio. Euro an. Im Jahr 2010 erhöht sie sich nochmals um rd. 459 Mio. Euro und erreicht einen Wert von rd. 3.376 Mio. Euro.

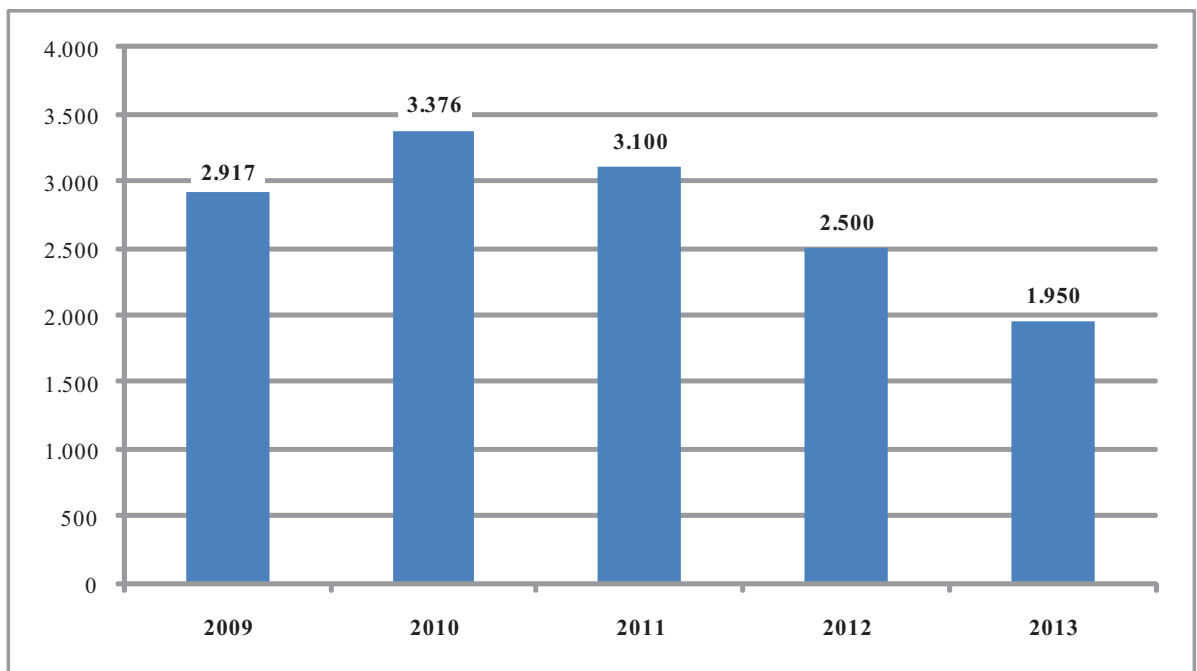
Rückführung der NKA bis 2013 auf unter 2 Mrd. Euro

Ab dem Jahr 2011 sinkt die Neuverschuldung des Landes wieder. Allerdings fällt der Rückgang im Jahr 2011 mit einem Minus von rd. 276 Mio. Euro auf 3.100 Mio. Euro noch vergleichsweise moderat aus, wobei dies insbesondere auf die noch verhaltene Einnahmeentwicklung zurückzuführen ist. In den Folgejahren beschleunigt sich – bedingt durch eine deutlich dynamischere Steuerentwicklung – das Abbau-tempo. Im Jahr 2012 liegt die Nettokreditaufnahme des Landes voraussichtlich bei 2.500 Mio. Euro und im Planungsendjahr bei 1.950 Mio. Euro (vgl. Abbildung 15).

Überschreitung der Verfassungsgrenze

Die Einhaltung der Regelgrenze der Verfassung für die Kreditaufnahme ist – trotz der geplanten Reduzierung der Nettokreditaufnahme gegenüber dem Jahr 2010 um über 1.400 Mio. Euro – selbst im Jahr 2013 noch nicht wieder möglich.

Abbildung 15: Die Nettokreditaufnahme des Landes im Finanzplanungszeitraum



Die Entwicklung des Schuldenstandes

Unter Berücksichtigung der zusätzlichen Nettokreditaufnahme im Finanzplanungszeitraum werden sich die Kreditmarktschulden des Landes von 35,6 Mrd. Euro im Jahr 2009 auf über 46 Mrd. Euro im Jahr 2013 erhöhen. Der Gesamtschuldenstand des Landes, der neben den Schulden am Kreditmarkt auch die Schulden beim Bund umfasst, steigt im gleichen Zeitraum von 36,2 Mrd. Euro auf 47 Mrd. Euro. Einzelheiten zur Entwicklung der jährlichen Neuverschuldung und des Schuldenstandes können der Übersicht 6 entnommen werden.

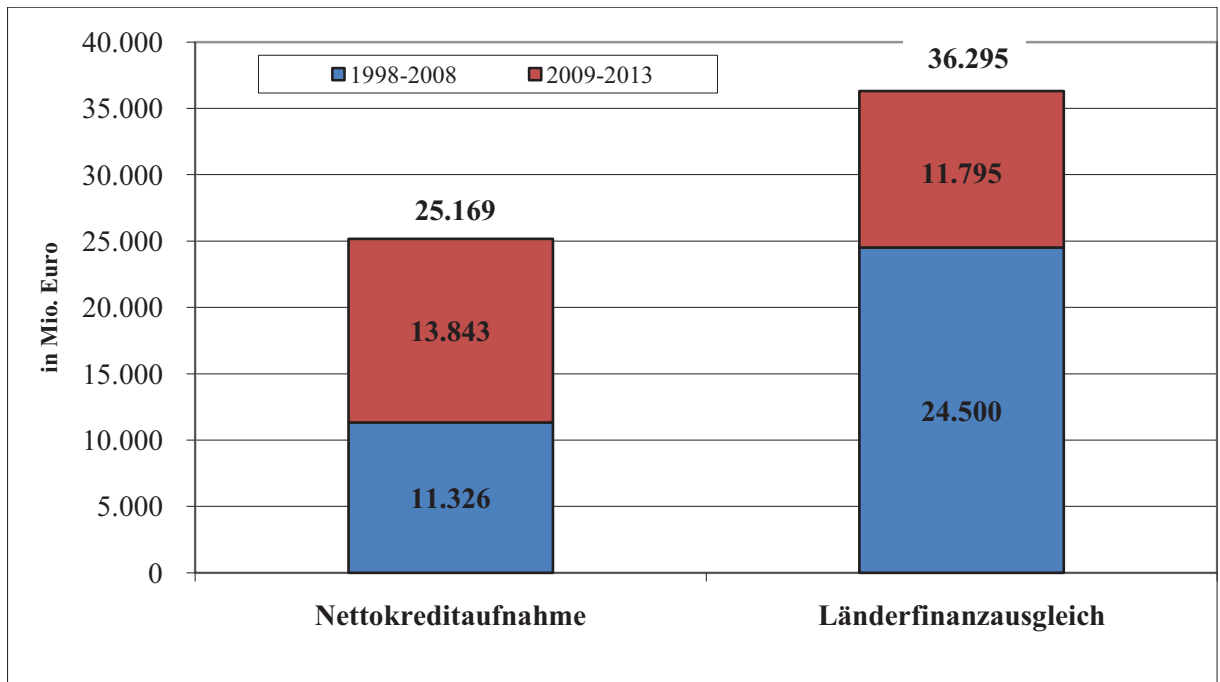
LFA-Zahlungen und NKA

Die Entwicklung der Nettokreditaufnahme sowie des Schuldenstandes muss allerdings immer auch im Lichte der hohen Zahlungsverpflichtungen des Landes im bundesstaatlichen Finanzausgleich gesehen werden. Allein zwischen 1998 und dem Jahr 2008 flossen 24,5 Mrd. Euro von Hessen in die finanzschwachen Länder. Diesen Solidarleistungen stand im selben Zeitraum eine Nettokreditaufnahme von „lediglich“ 11,3 Mrd. Euro und damit eine nicht mal halb so hohe Neuverschuldung gegenüber (vgl. Abbildung 16).

NKA höher als LFA - Zahlungen

Auch wenn die Nettokreditaufnahme die Zahlungen in den Finanzausgleich in den Jahren 2009 bis 2013 um rd. 2 Mrd. Euro übersteigt, bleiben die Belastungen des Landes im Länderfinanzausgleich mit knapp 12 Mrd. Euro weiterhin hoch. Angesichts der zur Rückführung der Verschuldung in den kommenden Jahren bestehenden, umfangreichen Konsolidierungserfordernisse stellen sie auch in Zukunft eine nur schwer zu bewältigende Hypothek für das Land dar.

Abbildung 16: LFA-Belastung und Nettokreditaufnahme des Landes 1998 bis 2013



V. Neue Verwaltungssteuerung

1. Abschluss des Projekts Neue Verwaltungssteuerung

**Abschluss im
Jahr 2010
angestrebt**

Nachdem mit der Vorlage der Eröffnungsbilanz des Landes Hessen zum 1. Januar 2009 das letzte große Teilprojekt (vgl. hierzu Kap. V.2) der Neuen Verwaltungssteuerung abgeschlossen wird, soll die Projektstruktur in diesem Bereich im Laufe des Jahres 2010 beendet und die verbleibenden Aufgaben sukzessive in die „Linie“ überführt werden. Im Jahr 2009 wurde zudem mit Optimierungsmaßnahmen begonnen mit dem Ziel, die NVS benutzerfreundlicher und weniger komplex auszugestalten. Die begonnenen Arbeiten sollen ebenfalls in der Linie zu Ende geführt werden.

**Aufgaben
im Planungs-
zeitraum**

Dabei sind zum einen – aufbauend auf dem Haushaltsgrundsätzemodernisierungsgesetz – die Landeshaushaltsordnung und die dazu gehörigen Verwaltungsvorschriften neu zu fassen. Zum anderen sollen in den kommenden Jahren im Finanzministerium ein zentrales Finanzcontrolling sowie eine strategische Qualitätssicherung aufgebaut werden.

2. Eröffnungsbilanz 2009

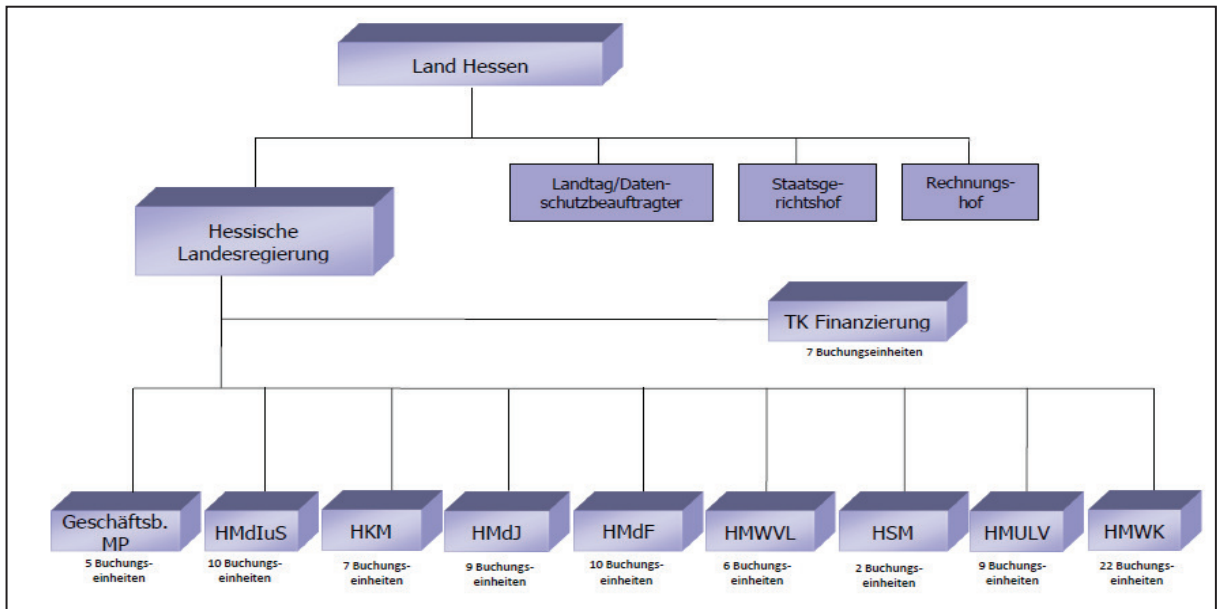
Hessen legt Eröffnungsbilanz vor

Das Land Hessen wird im Herbst 2009 als erstes Flächenland auf den Stichtag 1.1.2009 eine nach kaufmännischen Regeln erstellte Eröffnungsbilanz vorlegen. Es setzt damit einen Schlussstein unter die Ende der 90er Jahre begonnenen, umfangreichen Bemühungen zur Modernisierung des Rechnungs- und Haushaltswesens in Hessen, die die Umstellung auf einen Produkthaushalt bei dezentraler Ressourcenverantwortung, die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung und nicht zuletzt die Umstellung des Rechnungswesens vom bislang führenden kameralen auf das kaufmännische System umfassen.

Hessen zieht Bilanz

Mit der Eröffnungsbilanz auf den 01.1.2009, die aus den sog. Teilkonzernbilanzen der Ressorts abgeleitet wird (vgl. hierzu auch Abbildung 17), schließt Hessen die grundlegende Umstellung des Rechnungswesens ab. Es fasst – auch wenn das Land keine Gewinnerzielungsabsicht verfolgt – die wirtschaftliche Lage und die Zukunftsfähigkeit des Landes in für Unternehmen übliche Zahlen und nimmt damit gleichzeitig eine Bestandsaufnahme des Landesvermögens vor dem Hintergrund von mehr als 60 Jahren Landespolitik vor.

Abbildung 17: Die Buchungskreise des Landes Hessen



Wesentliche Bilanzpositionen

Wesentliche Bilanzpositionen werden auf der Aktivseite die sogenannten Sachanlagen im Gemeingebrauch, also insbesondere Kulturgüter, Wald und Infrastruktur in Form von Straßen und Brücken sowie Immobilien, sein. Die Passivseite wird neben den bestehenden Verbindlichkeiten des Landes vor allem von den durch das kauf-

männische Rechnungswesen erstmals offengelegten Rückstellungen geprägt, deren quantitatives Gewicht das der Verbindlichkeiten des Landes deutlich übersteigt. Mit Abstand größter Posten sind hierbei die Rückstellungen für Pensionen.

Hohes negatives Eigenkapital

Im Ergebnis ist davon auszugehen, dass den Verbindlichkeiten des Landes Vermögenswerte in vergleichbarer Höhe gegenüberstehen. Allerdings reichen die vorhandenen Aktiva bei weitem nicht dazu aus, um zusätzlich auch das erforderliche Gegengewicht zu den bilanzierten Rückstellungen zu bilden. Die Eröffnungsbilanz des Landes wird daher auf der Aktivseite ein negatives Eigenkapital ausweisen.

Grenzen und ...

Hierbei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Bilanz derzeit ein nur unvollständiges Bild der tatsächlichen Vermögenslage des Staates Hessen zeichnet, da die Kommunen noch nicht in die Betrachtung einbezogen sind. Diese dürften – im Wesentlichen aufgabenbedingt – eine fundamental bessere Bilanzstruktur aufweisen als das Land. Zudem ist zu konstatieren, dass sich staatliches Handeln nicht vollständig ökonomisieren lässt. Vielmehr hat der Bürger zu Recht einen Anspruch auf bestimmte staatliche Leistungen, z.B. im Bildungsbereich oder im Bereich der inneren Sicherheit, die vom Land unabhängig von ihrer bilanziellen Bewertung zur Verfügung gestellt werden müssen.

... Nutzen der Bilanzierung

Unabhängig davon wird sich der wesentliche Nutzen einer Bilanzierung vor allem bei einer Betrachtung über mehrere Jahre einstellen. Die jährlichen Veränderungen des Eigenkapitals werden kontinuierlich anzeigen, ob die Verwaltungstätigkeit zu einer Mehrung des Landesvermögens geführt hat oder ob staatliches Handeln auch unter Inkaufnahme eines Substanzverlustes erforderlich war.

Übersichten

1. Eckdaten zur Entwicklung der Landesfinanzen
2. Einnahmen
3. Ausgaben
4. Finanzierungsübersicht
5. Steuereinnahmen
6. Neuverschuldung und Schuldenstand
7. Schuldendienst
8. Einnahmen und Ausgaben nach Arten
(Gemeinsames Schema des Finanzplanungsrates)

Eckdaten zur Entwicklung der Landesfinanzen 2009 bis 2013

- Beträge in Mio. Euro -

Ausgaben / Einnahmen	2009 ⁴⁾	2010 ⁵⁾	2011	2012	2013
Formales Ausgabevolumen	27.647,2	27.596,8	27.943	28.438	28.169
Gesamtausgaben (bereinigt) gem. Abgrenzung Finanzplanungsrat (Veränderung in %)	21.734,9 (+ 4,1)	21.457,6 (- 1,3)	21.461 (+ 0,0)	21.836 (+ 1,7)	22.113 (+ 1,3)
Länderfinanzausgleich (LFA) (Veränderung in %)	2.285,0 (- 13,2)	2.170,0 (- 5,0)	2.265 (+ 4,4)	2.450 (+ 8,2)	2.625 (+ 7,1)
Gesamtausgaben (bereinigt) ohne LFA (Veränderung in %)	19.449,9 (+ 6,5)	19.287,6 (- 0,8)	19.196 (- 0,5)	19.386 (+ 1,0)	19.488 (+ 0,5)
Kommunaler Finanzausgleich (Veränderung in %)	3.313,6 (+ 1,0)	2.921,9 (- 11,8)	2.652 (- 9,2)	2.862 (+ 7,9)	3.005 (+ 5,0)
Gesamtausgaben (bereinigt) ohne LFA und KFA (Veränderung in %)	16.136,3 (+ 7,8)	16.365,7 (+ 1,4)	16.545 (+ 1,1)	16.523 (- 0,1)	16.483 (- 0,2)
<u>darunter:</u>					
Personalausgaben (Veränderung in %)	7.647,8 (+ 5,3)	7.832,0 (+ 2,4)	7.911 (+ 1,0)	7.969 (+ 0,7)	8.040 (+ 0,9)
- Personalausgabenquote ¹⁾	39,3	40,6	41,2	41,1	41,3
Investitionsausgaben (Veränderung in %)	2.423,5 (+ 35,4)	2.414,6 (- 0,4)	2.380 (- 1,4)	2.185 (- 8,2)	2.032 (- 7,0)
- Investitionsquote ¹⁾	12,5	12,5	12,4	11,3	10,4
Zinsausgaben (Veränderung in %)	1.459,7 (+ 7,1)	1.473,2 (+ 0,9)	1.670 (+ 13,4)	1.860 (+ 11,4)	1.980 (+ 6,5)
- Zins-Ausgaben-Quote ¹⁾	7,5	7,6	8,7	9,6	10,2
- Zins-Steuer-Quote ²⁾	11,0	11,9	13,1	13,7	14,0
Konsumtive Ausgaben ⁶⁾ (Veränderung in %)	4.138,9 (+ 0,7)	4.147,7 (+ 0,2)	4.169 (+ 0,5)	4.189 (+ 0,5)	4.210 (+ 0,5)
Gesamteinnahmen (bereinigt) gem. Abgrenzung Finanzplanungsrat (Veränderung in %)	18.828,1 (- 5,7)	18.177,9 (- 3,5)	18.509 (+ 1,8)	19.500 (+ 5,4)	20.341 (+ 4,3)
<u>darunter:</u>					
Steuereinnahmen					
a) vor Länderfinanzausgleich (Veränderung in %)	15.505,0 (- 7,9)	14.565,0 (- 6,1)	15.060 (+ 3,4)	15.990 (+ 6,2)	16.735 (+ 4,7)
b) nach Länderfinanzausgleich (Veränderung in %)	13.220,0 (- 6,9)	12.395,0 (- 6,2)	12.795 (+ 3,2)	13.540 (+ 5,8)	14.110 (+ 4,2)
- Steuerdeckungsquote ¹³⁾	68,0	64,3	66,7	69,8	72,4
Nettofinanzierungssaldo	- 2.906,8	- 3.279,7	- 2.952	- 2.336	- 1.771
Nettoneuerschuldung am Kreditmarkt	2.917,2	3.375,7	3.100	2.500	1.950
- Kreditfinanzierungsquote (%)	13,4	15,7	14,4	11,4	8,8
nachrichtlich:					
aufzulösender Handlungsbedarf	-	-	100	300	500

¹⁾ In % der ber. Gesamtausgaben ohne LFA ²⁾ In % der Steuereinnahmen nach LFA ³⁾ Steuern nach LFA ⁴⁾ Soll

⁵⁾ Entwurf ⁶⁾ HGr. 5 und 6 ohne Zinsen, LFA, KFA (lfd.) und PA Hochschulen

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Einnahmen des Landes Hessen 2009 bis 2013

- in Mio. Euro -

Einnahmeart	2009	2010	2011	2012	2013
Steuern und steuerähnliche Abgaben	15.554,3	14.607,3	15.100	16.030	16.775
dar.: Steuern	15.505,0	14.565,0	15.060	15.990	16.735
Spielbankabgabe	29,1	22,1	20	20	20
Abwasserabgabe	16,0	16,0	16	16	16
Eigene Einnahmen	929,2	933,5	907	908	908
dar.: Gebühren, Geldbußen etc.	515,9	523,8	511	511	511
Überschuss Sportwette, Lotto u.ä.	106,4	103,6	104	104	104
Verspätungs- und Säumniszuschläge	62,5	61,0	61	61	61
Darlehensrückflüsse	60,1	58,1	57	58	58
Vermögensveräußerung	53,1	40,2	28	28	28
Übertragungseinnahmen	1.454,9	1.819,6	1.844	1.866	1.880
dar.: vom Bund für					
- Bahnreform	494,3	509,6	517	525	533
- Ausgleich Wegfall Kfz-Steuer und Lkw -Maut	351,3	691,1	691	691	691
- Wohngeld/Grundsicherung im Alter	88,6	87,5	99	105	110
- BAFöG	74,8	74,8	77	78	81
- Straßenunterhaltung	41,0	41,0	41	42	43
Theaterzuweisungen	39,8	40,0	40	40	40
Leistungen Spielbanken	29,2	23,1	23	23	23
Kostenerstattung Kirchensteuererhebung	29,0	30,8	33	35	30
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	889,7	817,5	608	546	528
dar.: vom Bund für					
- Gemeindeverkehrsfinanzierung	111,5	109,7	116	116	116
- Wohnungs- und Städtebau	51,6	54,9	68	71	56
- Hochschulbau	46,4	44,7	52	47	47
- BAFöG (Darlehen)	44,5	44,5	48	48	50
Sondervermögen ITF des Bundes	359,4	299,4	60	-	-
Krankenhausumlage	122,2	122,2	124	124	124
Schuldenaufnahmen	6.746,9	7.213,2	7.240	6.800	5.833
dav.: Kreditmarktmittel	6.746,9	7.213,2	7.240	6.800	5.833
Entnahmen aus Rücklagen	115,5	40,6	2	-	-
Überschüsse aus Vorjahren	-	-	-	-	-
Haushaltstechnische Verrechnungen	1.956,7	2.165,0	2.191	2.138	1.994
Formales Einnahmevermögen	27.647,2	27.596,8	27.943	28.438	28.169
Gesamteinnahmen (bereinigt) ¹⁾	18.828,1	18.177,9	18.509	19.500	20.341

¹⁾ Formales Einnahmevermögen abzgl. Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt und besond. Finanzierungsvorgänge.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Ausgaben des Landes Hessen 2009 bis 2013

- in Mio. Euro -

Ausgabeart	2009	2010	2011	2012	2013
Personalausgaben	7.647,8	7.832,0	7.911	7.969	8.040
Sächliche Verwaltungsausgaben	1.349,6	1.298,3	1.118	1.039	991
Schuldendienst	5.325,4	5.343,9	5.844	6.193	5.897
dav.: Zinsausgaben	1.459,7	1.473,2	1.670	1.860	1.980
Tilgung von Kreditmarktmitteln	3.829,7	3.837,5	4.140	4.300	3.883
Sonstige Tilgungsausgaben	36,0	33,3	33	33	33
Übertragungsausgaben (ohne LFA und KFA)	3.864,2	3.946,3	4.141	4.241	4.310
dar.: Zuschüsse Hochschulprogrammhaushalte (lfd.)	1.343,7	1.371,2	1.364	1.364	1.364
Bahnreform/ÖPNV	482,9	502,2	514	526	534
Zuschüsse an Ersatzschulen	193,6	197,2	200	203	206
Kompensation Familienleistungsausgleich	165,0	170,0	175	180	175
Wissenschafts- und Forschungsförderung außerhalb der Hochschulen	156,6	154,8	171	187	195
Wohngeld/Grundsicherung im Alter	138,6	131,5	149	155	160
Zuweisung Grunderwerbsteuer	130,0	121,0	140	140	138
BAFöG	116,1	116,1	120	122	126
Staatsleistungen an Kirchen u.ä.	68,9	70,8	71	72	72
Erstattung an LWV für Maßregelvollzug	67,0	72,0	73	73	73
LOEWE-Fonds	54,4	72,7	95	91	85
Verbesserung der Qualität in Kitas	-	30,0	100	130	160
Investitionsausgaben (ohne KFA)	1.776,4	1.810,2	1.783	1.585	1.430
dar.: Staatlicher Hochbau	397,4	433,4	420	370	320
Weitergabe Bundesmittel Zukunftsinvestitionsgesetz	296,7	191,4	15	-	-
Landesstraßenbau	249,4	250,4	299	350	350
BAföG-Darlehen	68,2	68,2	74	75	77
Zuschüsse Hochschulprogrammhaushalte (inv.)	49,2	48,6	39	39	39
Städtebauförderung	46,5	52,8	77	83	52
Hochschulen und Forschung (Konjunkturpaket II)	33,6	93,3	60	-	-
Sozialer Wohnungsbau (einschl. Modernisierung)	31,0	31,0	31	31	31
Flughafen Kassel - Calden	14,5	33,2	38	10	-
BOS Digitalfunk	14,1	12,4	77	21	-
Länderfinanzausgleich (LFA)	2.285,0	2.170,0	2.265	2.450	2.625
Kommunaler Finanzausgleich (KFA)	3.313,6	2.921,9	2.652	2.862	3.005
Besondere Finanzierungsausgaben	2.082,6	2.301,7	2.341	2.303	2.172
Formales Ausgabevolumen	27.647,2	27.596,8	27.943	28.438	28.169
Gesamtausgaben (bereinigt) ¹⁾	21.734,9	21.457,6	21.461	21.836	22.113

¹⁾ Formales Ausgabevolumen abzgl. Schuldentilgung am Kreditmarkt und besond. Finanzierungsvorgänge.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Finanzierungsübersicht 2009 bis 2013

- in Mio. Euro -

Bezeichnung	2009	2010	2011	2012	2013
Ausgaben					
Abschluss-Summe	27.647,2	27.596,8	27.943	28.438	28.169
abzüglich					
- Schuldentilgung (Kreditmarkt)	3.829,7	3.837,5	4.140	4.300	3.883
- Rücklagenzuführung	125,9	136,7	150	164	179
- Fehlbetragsabdeckung	-	-	-	-	-
- Haushaltstechnische Verrechnungen	1.956,7	2.165,0	2.191	2.138	1.994
Gesamtausgaben (bereinigt)	21.734,9	21.457,6	21.461	21.836	22.113
Einnahmen					
Abschluss-Summe	27.647,2	27.596,8	27.943	28.438	28.169
abzüglich					
- Bruttokreditaufnahme am Kreditmarkt	6.746,9	7.213,2	7.240	6.800	5.833
- Rücklagenentnahme	115,5	40,6	2	-	-
- Überschüsse aus Vorjahren	-	-	-	-	-
- Haushaltstechnische Verrechnungen	1.956,7	2.165,0	2.191	2.138	1.994
Gesamteinnahmen (bereinigt)	18.828,1	18.177,9	18.509	19.500	20.341
Finanzierungssaldo	- 2.906,8	-3.279,7	- 2.952	- 2.336	- 1.771

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Steuereinnahmen 2009 bis 2013

- in Mio. Euro -

Steuerart	2009	2010	2011	2012	2013
1. Gemeinschaftssteuern und Gewerbesteuerumlagen	14.200,0	13.598,1	14.020	14.940	15.765
davon:					
Lohnsteuer					
Gesamtaufkommen	15.764,7	15.200,0	15.670	17.000	17.706
Zerlegungssaldo	-2.235,3	-2.588,2	-2.635	-3.176	-3.141
Landesanteil	5.750,0	5.360,0	5.540	5.875	6.190
Veranl. Einkommensteuer					
Gesamtaufkommen ¹⁾	1.647,0	1.266,0	1.388	1.600	1.718
Landesanteil	700,0	538,1	590	680	730
Nicht veranl. Steuern vom Ertrag					
Gesamtaufkommen ¹⁾	1.980,0	1.500,0	1.460	1.740	1.930
Landesanteil	990,0	750,0	730	870	965
Zinsabschlag ²⁾					
Gesamtaufkommen	4.727,3	4.590,9	4.545	4.659	4.750
Zerlegungssaldo	-3.181,8	-3.181,8	-3.136	-3.182	-3.182
Landesanteil	680,0	620,0	620	650	690
Körperschaftsteuer					
Gesamtaufkommen ¹⁾	1.620,0	1.760,0	2.140	2.500	2.790
Zerlegungssaldo	-200,0	-200,0	-200	-200	-200
Landesanteil	710,0	780,0	970	1.150	1.295
Steuern vom Umsatz					
Landesanteil	4.890,0	5.050,0	5.050	5.150	5.280
Gewerbesteuerumlagen					
Gewerbesteuerumlage	180,0	185,0	200	215	230
erhöhte Gewerbesteuerumlage	300,0	315,0	320	350	385
2. Landessteuern	1.305,0	966,9	1.040	1.050	970
davon:					
Erbschaftsteuer	400,0	429,0	450	460	380
Gründerwerbsteuer	380,0	362,9	415	415	415
Kraftfahrzeugsteuer	350,0	-	-	-	-
Rennwett- u. Lotteriesteuern	125,0	125,0	125	125	125
Feuerschutzsteuer	25,0	25,0	25	25	25
Biersteuer	25,0	25,0	25	25	25
Steuereinnahmen insgesamt	15.505,0	14.565,0	15.060	15.990	16.735
(Veränderung in %) abzüglich	(-7,9)	(-6,1)	(+3,4)	(+6,2)	(+4,7)
Länderfinanzausgleich (LFA)	2.285,0	2.170,0	2.265	2.450	2.625
Steuereinnahmen nach LFA	13.220,0	12.395,0	12.795	13.540	14.110
(Veränderung in %)	(-6,9)	(-6,2)	(+3,2)	(+5,8)	(+4,2)

¹⁾ Nach Abzug von Erstattungen an das Bundeszentralamt für Steuern.²⁾ Einschl. EU-Quellensteuer

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

**Neuverschuldung und Schuldenstand
2009 bis 2013**

- Beträge in Mio. Euro -

Bezeichnung	2009	2010	2011	2012	2013
A. Kredite am Kreditmarkt					
1. Einnahmen aus Krediten	6.746,9	7.213,2	7.240	6.800	5.833
2. Ausgaben zur Schuldentilgung	3.829,7	3.837,5	4.140	4.300	3.883
3. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt	2.917,2	3.375,7	3.100	2.500	1.950
B. Kredite im öffentlichen Bereich					
1. Einnahmen aus Krediten	-	-	-	-	-
2. Ausgaben zur Schuldentilgung	36,0	33,3	33	33	33
3. Netto-Neuverschuldung im öffentlichen Bereich	-36,0	-33,3	-33	-33	-33
C. Schuldenstand ¹⁾					
1. Kreditmarktschulden	35.621,6	38.997,3	42.097	44.597	46.547
2. Schulden beim Bund	586,2	552,9	520	486	453
3. Schulden insgesamt	36.207,9	39.550,3	42.617	45.084	47.000
D. Kreditfinanzierungsquote	13,4	15,7	14,4	11,4	8,8
(Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt in % der bereinigten Gesamtausgaben)					

¹⁾ Stand der Landesschulden insgesamt am Ende des Rechnungsjahres 2008 zuzüglich der jährlichen Nettoneuverschuldung.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Schuldendienst 2009 bis 2013

- Beträge in Mio. Euro -

Bezeichnung	2009	2010	2011	2012	2013
1. Zinsausgaben	1.459,7	1.473,2	1.670	1.860	1.980
2. Tilgungsausgaben	3.865,7	3.870,8	4.173	4.333	3.917
<u>davon:</u>					
* Kreditmarktmittel	3.829,7	3.837,5	4.140	4.300	3.883
* Bundesdarlehen	36,0	33,3	33	33	33
3. Schuldendienst insgesamt	5.325,4	5.343,9	5.844	6.193	5.897
4. Nachrichtlich:					
Zins-Ausgaben-Quote ¹⁾	7,5	7,6	8,7	9,6	10,2
Zins-Steuer-Quote ²⁾	11,0	11,9	13,1	13,7	14,0

¹⁾ Zinsausgaben in % der bereinigten Gesamtausgaben ohne Länderfinanzausgleich.

²⁾ Zinsausgaben in % der Steuereinnahmen nach Abzug des Länderfinanzausgleichs.

Einnahmen und Ausgaben 2009 bis 2013 nach Arten

- Gemeinsames Schema des Finanzplanungsrates -

(in Mio. Euro)

Position	Gruppierungs-Nr.	Einnahmeart	2009	2010	2011	2012	2013
1		Einnahmen der laufenden Rechnung	17.825,3	17.262,1	17.765,5	18.718,2	19.477,3
11		Steuern	15.505,0	14.565,0	15.060,0	15.990,0	16.735,0
1101	011	Lohnsteuer	5.750,0	5.360,0	5.540,0	5.875,0	6.190,0
1102	012	Veranlagte Einkommensteuer	700,0	538,1	590,0	680,0	730,0
1103	013,014,018	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Körperschaftsteuer, Zinsabschlag	2.380,0	2.150,0	2.320,0	2.670,0	2.950,0
1104	015,016	Umsatzsteuern	4.890,0	5.050,0	5.050,0	5.150,0	5.280,0
1105	017	Gewerbsteuerumlage	480,0	500,0	520,0	565,0	615,0
1111	051	Vermögensteuer	-	-	-	-	-
1112	054	Kraftfahrzeugsteuer	350,0	-	-	-	-
1113	061	Biersteuer	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
1114	052,053,055 - 059,069	sonstige Landessteuern	930,0	941,9	1.015,0	1.025,0	945,0
12	09 (ohne 092)	Steuerähnliche Abgaben (ohne Münzeinnahmen)	49,3	42,3	40,2	40,2	40,2
13	12	Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit	201,6	212,7	212,0	211,7	211,4
14		Zinseinnahmen	6,9	6,7	6,7	6,7	6,8
141		vom öffentlichen Bereich	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
1411	152	von Ländern	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
1412	153	von Gemeinden/Gv.	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
1413	157	von Zweckverbänden	-	-	-	-	-
1414	151,154,156	vom sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
142	16	von anderen Bereichen	6,6	6,3	6,4	6,4	6,4
15		Lfd. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)	1.842,1	2.212,4	2.229,8	2.250,1	2.269,0
151		vom öffentlichen Bereich	1.264,8	1.622,1	1.654,2	1.671,5	1.690,5
1511	211,231	vom Bund	1.182,6	1.539,4	1.569,1	1.586,9	1.609,5
1512	212	Länderfinanzausgleich	-	-	-	-	-
1513	232	Sonstige von Ländern	8,7	9,2	11,6	11,2	7,6
1514	213,233	von Gemeinden/Gv.	70,4	70,7	70,6	70,6	70,6
1515	217,237	von Zweckverbänden	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
1516	216,235,236	von Sozialversicherungsträgern	2,9	2,8	2,8	2,8	2,8
1517	214,234	vom sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
152	112,27,28	von anderen Bereichen	577,3	590,3	575,6	578,6	578,4

Position	Gruppierungs-Nr.	Einnahmeart	2009	2010	2011	2012	2013
16		Schuldendiensthilfen u. Erstattungen von Verwaltungsausgaben	39,1	40,8	42,8	44,9	39,9
161		Schuldendiensthilfen vom öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
1611	221	vom Bund	-	-	-	-	-
1612	222	von Ländern	-	-	-	-	-
1613	223 bis 227	vom sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
162	26	Schuldendiensthilfen u. Erstattungen von Verwaltungsausgaben von anderen Bereichen	39,1	40,8	42,8	44,9	39,9
17		Sonstige Einnahmen der lfd. Rechnung	181,3	182,1	174,1	174,5	175,0
171	111	Gebühren, sonstige Entgelte	89,7	90,1	81,7	81,8	82,0
172	119	sonstige Einnahmen	91,7	92,0	92,4	92,7	93,0
2		Einnahmen der Kapitalrechnung	1.002,8	915,8	693,7	631,7	614,1
21	131,132	Veräußerung von Sachvermögen	53,1	40,2	28,0	28,1	28,1
22		Vermögensübertragungen	889,7	817,5	608,3	545,9	528,3
221		Zuweisungen für Investitionen vom öffentlichen Bereich	815,3	746,6	538,3	475,9	458,3
2211	331	vom Bund	329,7	321,0	350,1	347,7	330,1
2212	332	von Ländern	-	-	-	-	-
2213	333	von Gemeinden/Gv.	126,2	126,2	128,2	128,2	128,2
2214	336	von Sozialversicherungsträgern	-	-	-	-	-
2215	334,337	vom sonstigen öffentlichen Bereich	359,4	299,4	60,0	0	0
222	34	Zuschüsse f. Investitionen v. and. Bereichen	74,4	70,9	69,9	69,9	69,9
223	29	sonstige Vermögensübertragungen	-	-	-	-	-
23		Darlehensrückflüsse	60,1	58,1	57,4	57,7	57,8
231		vom öffentlichen Bereich	45,0	43,0	43,0	43,0	43,0
2311	172	von Ländern	-	-	-	-	-
2312	173	von Gemeinden/Gv.	-	-	-	-	-
2313	177	von Zweckverbänden	-	-	-	-	-
2314	171,174,176	vom sonstigen öffentlichen Bereich	45,0	43,0	43,0	43,0	43,0
232		von anderen Bereichen	15,1	15,1	14,4	14,7	14,8
2321	141,181,182	von Sonstigen im Inland	15,1	15,1	14,4	14,7	14,8
2322	146,186	vom Ausland	-	-	-	-	-
24	133,134	Veräußerung von Beteiligungen u.ä.	-	-	-	-	-
25		Schuldenaufnahme beim öffentl. Bereich	-	-	-	-	-
251	311	vom Bund	-	-	-	-	-
252	312	von Ländern	-	-	-	-	-
253	313	von Gemeinden/Gv.	-	-	-	-	-
254	314,317	vom sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
3	37	Globale Mehr-/Mindereinnahmen	-	-	50,0	150,0	250,0
4		Bereinigte Einnahmen (Positionen 1 - 3) (Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	18.828,1	18.177,9	18.509,2	19.499,9	20.341,4

Position	Gruppierungs-Nr.	Einnahmeart	2009	2010	2011	2012	2013
5		Besondere Finanzierungsvorgänge	8.819,1	9.418,8	9.433,4	8.937,7	7.827,0
51	32	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	6.746,9	7.213,2	7.240,1	6.799,5	5.833,3
52	35	Entnahmen aus Rücklagen	115,5	40,6	2,2	-	-
53	36	Überschüsse aus Vorjahren	-	-	-	-	-
6		Zu- und Absetzungen	1.956,7	2.165,0	2.191,1	2.138,2	1.993,7
64	38	Verrechnungen u.ä.	1.956,7	2.165,0	2.191,1	2.138,2	1.993,7
7		Abschluss-Summe des Haushalts	27.647,2	27.596,8	27.942,7	28.437,6	28.168,5

Position	Gruppierungs-Nr.	Ausgabeart	2009	2010	2011	2012	2013
1		Ausgaben der laufenden Rechnung	19.270,3	19.004,7	19.098,0	19.767,5	20.297,3
11	4	Personalausgaben	7.647,8	7.832,0	7.910,6	7.969,2	8.039,9
12		Laufender Sachaufwand	1.709,9	1.663,1	1.526,0	1.462,3	1.417,9
121	51 bis 54	Sächliche Verwaltungsausgaben	1.349,6	1.298,3	1.118,5	1.039,1	991,0
122	55	Militärische Beschaffungen	-	-	-	-	-
123	67	Erstattungen an andere Bereiche	64,4	47,1	48,0	48,0	48,0
124	686	Sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke	295,8	317,7	359,6	375,2	378,8
13		Zinsausgaben	1.459,7	1.473,2	1.670,1	1.860,0	1.980,0
131		an öffentlichen Bereich	25,0	15,7	15,7	15,7	15,7
1311	561	an Bund	9,0	9,7	9,7	9,7	9,7
1312	564	an Sondervermögen	-	-	-	-	-
1313	562,563,567	an sonstigen öffentlichen Bereich	16,0	6,0	6,0	6,0	6,0
132		an andere Bereiche	1.434,8	1.457,5	1.654,4	1.844,3	1.964,3
1321	573	für Ausgleichsforderungen	-	-	-	-	-
1322	571,575,576	für Kreditmarktmittel	1.434,8	1.457,5	1.654,4	1.844,3	1.964,3
1323	572	an Sozialversicherungsträger	-	-	-	-	-
14		Laufende Zuweisungen u. Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)	8.452,8	8.036,3	7.991,2	8.475,9	8.859,4
141		an öffentlichen Bereich	5.501,7	5.018,1	4.934,0	5.383,8	5.741,3
1411	611,631	an Bund	5,7	5,3	5,3	5,3	5,3
1412	612	Länderfinanzausgleich	2.285,0	2.170,0	2.265,0	2.450,0	2.625,0
1413	632	Sonstige an Länder	12,7	13,9	14,2	14,4	14,4
1414	613	Allgem. Finanzzuweisungen an Gemeinden	2.185,8	1.778,1	1.510,1	1.730,8	1.867,2
1415	633	Sonstige an Gemeinden/Gv.	970,2	1.009,4	1.097,0	1.140,9	1.187,0
1416	614,634	an Sondervermögen	2,0	1,6	1,6	1,6	1,6
1417	617,637	an Zweckverbände	4,6	4,6	5,1	5,1	5,1
1418	616,636	an Sozialversicherungsträger	35,8	35,3	35,8	35,8	35,8
142		an andere Bereiche	2.951,1	3.018,2	3.057,2	3.092,1	3.118,1
1422	682,683,685	Sonstige an Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen	2.271,4	2.340,7	2.367,5	2.400,9	2.422,1
1423	681	Renten, Unterstützungen u.ä.	280,2	263,8	282,3	284,0	288,0
1424	684	an soziale und ähnliche Einrichtungen	370,2	385,4	381,9	383,2	384,1
1425	687,688	an Ausland	29,3	28,2	25,5	24,0	24,0

Position	Gruppierungs-Nr.	Ausgabeart	2009	2010	2011	2012	2013
15		Schuldendiensthilfen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
151		an öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
1511	622	an Länder	-	-	-	-	-
1512	623	an Gemeinden/Gv.	-	-	-	-	-
1513	621,624,626,627	an sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
152		an andere Bereiche	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
1521	661,662,664	an Unternehmen u. öffentl. Einrichtungen	-	-	-	-	-
1522	663	an Sonstige im Inland	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
1523	666	an Ausland	-	-	-	-	-
2		Ausgaben der Kapitalrechnung	2.459,5	2.447,9	2.413,4	2.218,1	2.065,6
21		Sachinvestitionen	774,7	804,7	893,0	839,2	759,9
211	7	Baumaßnahmen	620,2	653,9	692,4	685,0	634,0
212	82	Erwerb von unbeweglichen Sachen	18,1	8,1	13,1	13,1	13,1
213	81	Erwerb von beweglichen Sachen	136,5	142,8	187,5	141,1	112,8
22		Vermögensübertragungen	1.514,2	1.487,4	1.358,9	1.216,8	1.141,2
221		Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	1.068,8	977,5	891,9	856,5	809,4
2211	882	an Länder	4,3	4,1	4,1	4,1	4,1
2212	883	an Gemeinden/Gv.	873,1	803,3	712,6	676,7	629,2
2213	887	an Zweckverbände	28,0	8,3	8,8	9,4	9,7
2214	881,884,886	an sonstigen öffentlichen Bereich	163,4	161,8	166,3	166,3	166,3
222	89	Zuschüsse f. Investitionen an and. Bereiche	445,4	509,9	467,0	360,2	331,8
223	69	sonstige Vermögensübertragungen	-	-	-	-	-
23		Darlehen	118,9	118,9	124,6	125,2	127,5
231		an öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
2311	852	an Länder	-	-	-	-	-
2312	853	an Gemeinden/Gv.	-	-	-	-	-
2313	857	an Zweckverbände	-	-	-	-	-
2314	851,854,856	an sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
232		an andere Bereiche	118,9	118,9	124,6	125,2	127,5
2321	861-863,87	an Sonstige im Inland	118,9	118,9	124,6	125,2	127,5
2322	866	an Ausland	-	-	-	-	-
24	83	Erwerb von Beteiligungen u. ä.	15,8	3,6	3,7	3,7	3,7
25		Schuldentilgung an öffentlichen Bereich	36,0	33,3	33,3	33,3	33,3
251	581	an Bund	36,0	33,3	33,3	33,3	33,3
252	584	an Sondervermögen	-	-	-	-	-
253	582,583,587	an sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
3	97	Globale Mehr-/Minderausgaben	5,0	5,0	-50,0	-150,0	-250,0
4		Bereinigte Ausgaben (Positionen 1 - 3) (Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	21.734,9	21.457,6	21.461,4	21.835,6	22.112,8

Position	Gruppierungs-Nr.	Ausgabeart	2009	2010	2011	2012	2013
5		Besondere Finanzierungsvorgänge	5.912,3	6.139,2	6.481,3	6.602,0	6.055,7
51		Tilgungsausgaben am Kreditmarkt	3.829,7	3.837,5	4.140,1	4.299,5	3.883,3
511	595	für Kreditmarktmittel	3.829,7	3.837,5	4.140,1	4.299,5	3.883,3
512	593	für Ausgleichsforderungen	-	-	-	-	-
513	592	an Sozialversicherungsträger	-	-	-	-	-
514	591,596	an Sonstige	-	-	-	-	-
52	91	Zuführungen an Rücklagen	125,9	136,7	150,1	164,3	178,7
53	96	Deckung von Vorjahresfehlbeträgen	-	-	-	-	-
6		Zu- und Absetzungen	1.956,7	2.165,0	2.191,1	2.138,2	1.993,7
64	98	Verrechnungen u.ä.	1.956,7	2.165,0	2.191,1	2.138,2	1.993,7
7		Abschluss-Summe des Haushalts	27.647,2	27.596,8	27.942,7	28.437,6	28.168,5

Abweichung durch Runden der Zahlen.